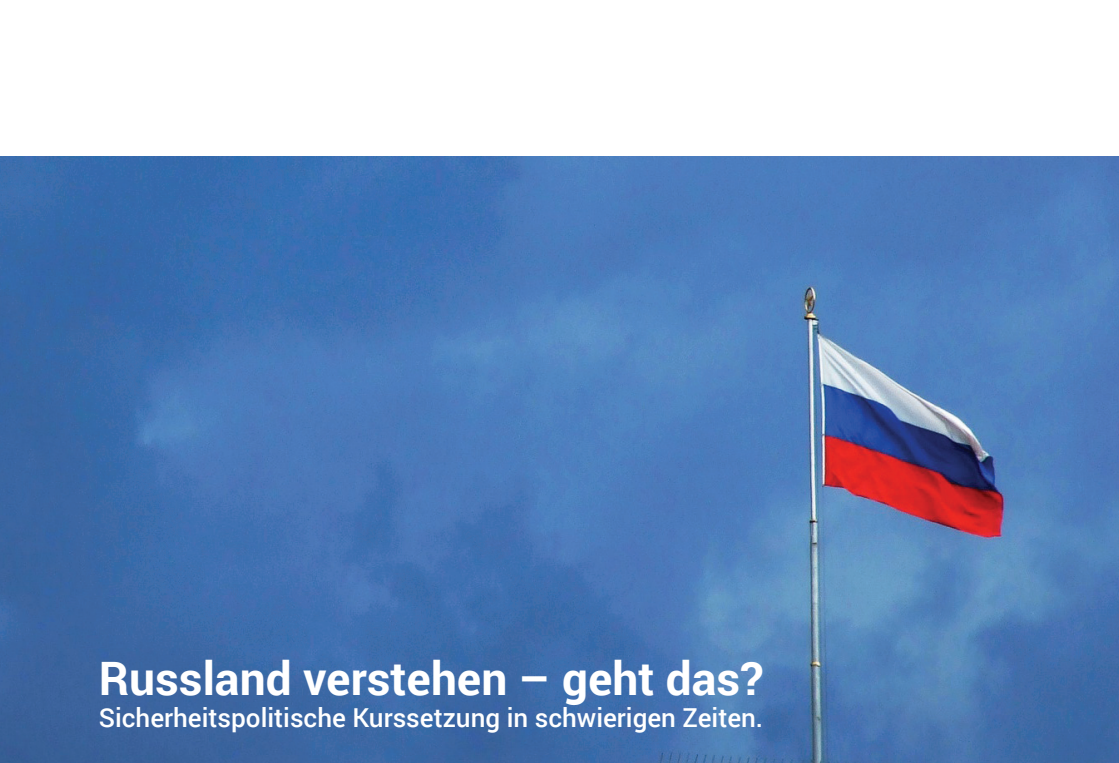




Russland verstehen – geht das?

Sicherheitspolitische Kurssetzung in schwierigen Zeiten.

Dokumentation des 2. GSP-Sicherheitsdialogs

in Kooperation mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik
und dem Mittler Report Verlag
vom 2. November 2017
im Presse- und Informationsamt der
Bundesregierung, Berlin

Nähere Informationen unter
www.gsp-sipo.de





Inhalt

- 1 Vorwort
- 2 Eröffnungsrede
Ulrike Merten, MdB a. D.
- 5 Einführung von Generalleutnant a. D.
Kersten Lahl
- 10 Keynote von Staatsminister a. D.
Dr. h. c. Gernot Erler
- 23 Panel 1: Zur Suche nach gemeinsa-
men Interessen mit Russland
- 46 Panel 2: Zur Suche nach einer
Strategie des Westens
gegenüber Russland
- 72 Schlussbemerkung
Ulrike Merten, MdB a. D.

Vorwort

Die Gesellschaft für Sicherheitspolitik e. V. (GSP) arbeitet seit 1952 für ein zeitgemäßes Verständnis von Sicherheitspolitik. Mit mehr als 6000 Mitgliedern in rund 90 Sektionen ist sie bundesweit präsent und führt regional wie überregional jährlich bis zu 600 Veranstaltungen, Seminare und Informationsbesuche durch. Begleitend greift sie mit ihrem Internetauftritt und ihrem Blog www.gsp-sipo.de aktuelle Themen auf und stellt sie zur Diskussion. Die GSP trägt damit maßgeblich zur sicherheitspolitischen Meinungsbildung in Deutschland bei. Wir setzen dabei auf einen offenen, konstruktiven und überparteilichen Dialog, der auf Fakten basiert und Platz für sehr unterschiedliche Auffassungen lässt.

Der GSP-Sicherheitsdialog will als eine dieser rund 600 Veranstaltungen einmal im Jahr ein besonders bedeutsames Thema der Sicherheitspolitik in den Fokus nehmen und in der deutschen Hauptstadt kritisch diskutieren. 2016 hatten wir diese Serie mit dem Thema „Fluchtursachen rund um Europa –

Wo liegen unsere Einflusschancen“ erfolgreich begonnen. Der große Zuspruch, den nun 2017 der 2. GSP-Sicherheitsdialog zum Thema „Russland verstehen – geht das? Sicherheitspolitische Kurssetzung in schwierigen Zeiten“ gefunden hat, veranlasst uns dazu, diese Veranstaltung mit einer Broschüre zu dokumentieren. Wir glauben, dass Thematik, Inhalt und Verlauf der Diskussion es mehr als wert sind, auch auf diesem Wege festgehalten und damit für weitere Überlegungen zur Zukunft Europas nutzbar gemacht zu werden.

Wenn Sie Interesse an unserer Arbeit finden oder sich für eine Mitgliedschaft in der GSP interessieren, sei nochmals auf die Internetseite der GSP (www.gsp-sipo.de) verwiesen.

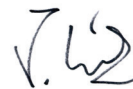
Die Beiträge entsprechen weitestgehend dem gesprochenen Wort und werden hier in einer nur minimal redigierten und durch die Sprecher freigegebenen Form wiedergegeben. Wir danken Saskia Eggeling, B. A, Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik, Universität Halle-Wittenberg vielmals für die Erstellung der Abschrift.



Ulrike Merten, MdB a.D.,
Präsidentin der Gesellschaft für
Sicherheitspolitik e.V.



Generalleutnant a. D. Kersten Lahl,
Vizepräsident der Gesellschaft für
Sicherheitspolitik e.V.



Prof. Dr. Johannes Varwick,
Vizepräsident der Gesellschaft für
Sicherheitspolitik e.V.



Foto: R. Hocke

1. Eröffnungsrede

*Ulrike Merten, MdB a. D.,
Präsidentin der Gesellschaft
für Sicherheitspolitik e. V.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zum zweiten Berliner Sicherheitsdialog, bei dem wir durch unsere Kooperationspartner Bundesakademie für Sicherheitspolitik und den Mittler Report tatkräftig unterstützt und begleitet werden.

Dies ist ja der zweite Versuch, in Berlin einen Abdruck zu hinterlassen mit einer sicherheitspolitischen Veranstaltung, für die die GSP verantwortlich zeichnet. Wir haben da-

mals ganz lange überlegt, wollen wir das eigentlich wagen – in diesem Berlin, in dem an jedem Tag vier, fünf oder sogar noch mehr Veranstaltungen stattfinden, und gehen wir dabei nicht völlig unter? Wir haben uns dann doch entschlossen, das zu machen, nach der Methode, dass wir eigentlich nur durch unsere Qualität und unsere Reputation überzeugen können. Der letztjährige Versuch war vielversprechend, und wenn ich heute dieses gut gefüllte Auditorium sehe, dann darf ich sagen, wir haben Recht gehabt mit unserem Beschluss, einen sicherheitspolitischen Dialog hier in Berlin zu installieren.

Das heutige Thema lautet „Russland verstehen – Geht das? Sicherheitspolitische Kurssetzung in schwierigen Zeiten“. Der Untertitel ist ein bisschen sperrig, aber wir wollten damit sozusagen auch schon einen Blick werfen auf das, was in dieser Veranstaltung am Ende an Diskussionen möglich sein kann. Aber zuerst natürlich die Frage, warum haben wir das Thema gewählt? Es ist ja immer schwierig, wenn man mit einem langen Vorlauf so eine Veranstaltung plant und nicht sicher sein kann, ob die Karawane nicht dann schon längst weitergezogen ist. Aber in diesem Fall waren wir

uns doch einig, dass das Thema im November 2017 noch auf der Tagesordnung sein würde – darin haben wir uns nicht getäuscht.

Ich will nochmal einen Blick zurückwerfen, was eigentlich vor dieser Fragestellung, der wir uns heute zuwenden, war: nämlich die Zuversicht der Europäer, zumindest jener, die bis zum Ende der Blockkonfrontation vor dem Eisernen Vorhang gelebt haben, aber vor allen Dingen von uns Deutschen, die nach dem Ende des Kalten Krieges ja doch sehr zuversichtlich waren, dass das Verhältnis zu Russland als immer noch mächtigem Teil der ehemaligen Sowjetunion sich gedeihlich gestalten ließe.

Desto größer war die Enttäuschung, als wir dann – nicht sofort, aber nach einigen Jahren – durch die Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz feststellen mussten, dass es sich nicht so entwickelt hatte, wie wir gehofft hatten. Umso größer war die Enttäuschung, dass sich die Hoffnungen dann doch so zerschlagen haben. Die Fragen, die wir uns auf der heutigen Veranstaltung stellen wollen, wie es nämlich dazu kommen konnte und was zu tun ist, das hat natürlich auch etwas damit zu tun,

dass wir uns da auch ehrlich machen müssen und unter anderem auch danach fragen müssen: Hat es denn auch Fehler auf der Seite des Westens gegeben? Hätte man das anders machen müssen? Aber das kann man aus den verschiedensten Richtungen beleuchten.

Einer, der das besonders gut kann, weil er ein profunder Kenner Russlands ist, ist Gernot Erler, Staatsminister a. D. und ehemaliger Bundestagsabgeordneter, den ich sehr herzlich begrüße und bei dem ich mich sehr, sehr herzlich bedanke, dass er sofort bereit war, hier für uns als Keynote-Speaker aufzutreten, und auch bereit ist, im ersten Panel mitzudiskutieren – dafür nochmal ganz herzlichen Dank und herzlich Willkommen Gernot.

Mein Gruß und Dank geht aber auch an die TeilnehmerInnen der zwei Panels, die jeweils durch unsere Moderatoren nochmal genau vorgestellt werden. Nicht nur ihre Vita, sondern auch zwei, drei Stichworte zu dem, wo sie politisch zu verankern sind. Diese beiden Panels werden dankenswerterweise von jeweils einem unserer Repräsentanten der heutigen Kooperationspartner moderiert, nämlich einmal vom Vizepräsidenten der Bundes-

akademie für Sicherheitspolitik, von Wolfgang Rudischhauser, und vom Chefredakteur der Zeitschrift „Europäische Sicherheit und Technik“ Rolf Clement. Herzlichen Dank dafür – wir sind sehr auf die Diskussionen gespannt.

Jetzt, meine Damen und Herren, überlasse ich sehr gern das Podium Generalleutnant a. D. Kersten Lahl, der Sie in das Thema des heutigen Nachmittags und des Sicherheitsdialoges einführen wird. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei Ihnen für ihre geschätzte Aufmerksamkeit und muss sagen, ich bin sehr gespannt auf den Erkenntnisgewinn und die Diskussionen des heutigen Nachmittags.



Foto: R. Hocke

2. EINFÜHRUNGSREDE

*Generalleutnant a. D.
Kersten Lahl, Vizepräsident der GSP,
Präsident der Bundesakademie für
Sicherheitspolitik 2008 - 2011*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde ja gerade noch einmal herausgestellt: Im Fokus unserer heutigen Veranstaltung steht ganz bewusst Russland und unser Umgang mit Russland. Das Thema berührt wohl einen Kernaspekt in der Gestaltung unserer Zukunft, und es ist, wie wir alle wissen, überreich an Kontroversen, an Missverständnissen und auch an Verhärtungen. Russland

gehörte und gehört unzweifelhaft zu Europa. Es ist das mit Abstand größte europäische Land – und es steht doch irgendwie merkwürdig außerhalb. Diese etwas paradox anmutende Feststellung kann man gar nicht oft genug und tief genug hinterfragen. Dabei – auch das wurde ja gerade erwähnt, aber ich unterstreiche es noch einmal – gab es doch vor knapp 30 Jahren mit der Perestroika, mit dem Fall der Mauer, mit dem Ende des Sowjetimperiums und damit auch mit dem Ende der Teilung Europas so große Hoffnungen. Euphorisch dachten wir, es sei nun die Zeit gekommen, aus den Synergiechancen zwischen Ost und West einen Profit zu ziehen, der allen nützt. Wir erwarteten eine rapide gegenseitige Annäherung – oder ehrlicher gesagt: Wir erwarteten eine Annäherung Russlands an den Westen. Die 1990er Jahre schienen uns auch zunächst Recht zu geben. Heute müssen wir vermuten: So manches davon war vielleicht doch ein wenig naiv.

Allzu viele Hoffnungen wurden enttäuscht. Von einem gemeinsamen Vorrat an Werten und Interessen spüren wir herzlich wenig. Im Gegenteil – offenbar entfremden wir uns wieder.

„Allzu viele Hoffnungen wurden enttäuscht. Von einem gemeinsamen Vorrat an Werten und Interessen spüren wir herzlich wenig. Im Gegenteil – offenbar entfremden wir uns wieder.“

Kersten Lahl

Ein Blick auf das aktuelle Russland, das sein Etikett „verspätete Nation“ immer noch nicht abgelegt zu haben scheint, ernüchtert schon ein bisschen. Ich nenne nur einige Mosaiksteine, und sie werden ja anschließend sicherlich noch vertieft werden.

Innenpolitisch erkennt man einen unaufhaltsamen Trend zur strikten Zentralisierung der Staatsgewalt, zur rigiden Einschüchterung jeglicher Opposition und auch zur Missachtung menschenrechtlicher Werte in einer bemerkenswert passiven und auch traditionell leidensfähigen Gesellschaft. An dem Begriff „gelenkte Demokratie“ stimmt allenfalls das Adjektiv. Volkswirtschaftlich folgt das Land weitgehend einem extrem extensi-

ven Weg, ist also einseitig abhängig von Rohstoffeinnahmen. Es gleicht einem typischen Rentierstaat mit einer Art Modernisierungsblockade. Für nennenswerte Innovationen fehlen oft die Kraft und die Struktur – mit Ausnahme der Rüstungsindustrie. Jedenfalls kann man sagen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Russlands entspricht kaum seinen weltpolitischen Ambitionen. Militärisch leistet sich Russland, trotz knapper Finanzen, den Aufbau erstaunlich großer und moderner Streitkräfte – konventionell wie nuklear. Dies, obwohl man doch kaum einen vernünftigen Grund zu erkennen vermag, dass Russland sich selbst und sein eigenes Territorium bedroht sehen könnte. Und außenpolitisch erinnert allzu vieles an die Doktrinen der vergangenen

Jahrhunderte, als Geopolitik noch als Nullsummenspiel interpretiert wurde. Es bleibt ja auch nicht beim Säbelrasseln, wie wir wissen und wie die Beispiele Ukraine und Georgien ja auch zeigen.

Das insgesamt ist schon eine bemerkenswerte Melange – wenn man es zurückhaltend bewertet. Man kann auch behaupten, dass sei eine Quelle hochexplosiver Entwicklungen, innen wie außen.

Unter dem Strich wirft diese Analyse, so man ihr folgen möchte, und das werden wir heute sicherlich auch hinterfragen, einige große Fragen auf: Wann genau und warum genau trat dieser erneute Paradigmenwechsel russischer Politik ein? War es eine vermeidbare Entwicklung? Ist sie realistisch reduzierbar? Gibt es Optionen zurück auf einem Weg in die Normalität? Was verspricht die Zukunft in den Beziehungen zwischen Ost und West: entweder eine Niedervolt-, oder eine Hochspannungsvariante?

Natürlich müssen wir uns auch selbst – ganz selbstkritisch – die Frage stellen, ob auch wir in der Vergangenheit so manche Differenzen übersehen, falsch interpretiert oder gar bewusst geschürt haben. Aber auch das hilft jetzt nicht wirk-

lich weiter. Was geschehen ist, ist geschehen, kann man sagen. Viel wichtiger ist es doch, jetzt die richtigen Lehren aus einer ehrlichen Analyse zu ziehen, und zwar mit Blick nach vorne.

Wenn wir genau das, meine Damen und Herren, hier und heute versuchen, dann muss uns dabei die Erkenntnis leiten, dass zur Entwicklung erfolgreicher Strategien die Kunst gehört, sich auch in die Lage des Gegenübers zu versetzen und diese zu respektieren. Also seine Geschichte, seine Mythen, seinen Stolz, seine Motive und Ziele zu verstehen. Oberflächlichkeit und Wunschdenken führen in die Irre. Viel mehr ist Tiefenschärfe gefragt. Erst, wenn dieses Verstehen halbwegs gelungen ist, dann erst lassen sich realistische Optionen des eigenen Handelns ableiten. Diese Gedankenfolge ist eigentlich simpel, aber wie wir seit Clausewitz wissen, ist ja gerade das Einfache oft besonders schwer.

Aber immerhin – genau dieser Ratio soll unser Dialog heute folgen. Denn nach der übergreifenden Keynote vollziehen wir in den beiden Panels genau diese logische Reihenfolge: Zunächst versuchen wir unter Leitung von Herrn Rudischhauser,

Vizepräsident der BAKS, zu klären, ob und inwieweit wir Deutschen, Europäer und Transatlantiker unseren großen östlichen Nachbarn wirklich verstanden haben. Also noch einmal: seine historische Herkunft, seine heutige Selbstverortung, seine außenpolitischen Gestaltungsmotive, seine mittel- und längerfristigen Ziele und einiges mehr. Dazu gehört unter anderem auch abzuschätzen, wie groß überhaupt der Handlungsspielraum der heutigen Führung Russlands ist, mit Blick nach innen wie nach außen. Dazu gehört natürlich auch die Frage, wie Russland selbst Europa und seine Rolle in Europa sieht.

Erst dann, in einem zweiten Panel unter Leitung von Herrn Clement, dem heutigen Chefredakteur unseres Kooperationspartners „Europäische Sicherheit und Technik“, nehmen wir unsere eigene Handlungsperspektive ein. Wir fragen danach, welche Optionen sich uns eröffnen. Auch das berührt ja viele Aspekte. Etwa die grundlegende Frage, inwieweit sich Europa künftig eher mit oder eher ohne Russland aufstellen und definieren sollte und wie wir dabei Sonderwege vermeiden können. Oder die verteidigungspolitische Bewertung, ob die alte Formel des

Kalten Krieges – nämlich neben Dialog auch Abschreckung mittels glaubwürdiger Verteidigungsfähigkeit zu nutzen – eine Renaissance erfahren sollte oder erfahren muss. Die Frage also, inwieweit wir entgegenkommen dürfen oder wo ein Zurückweichen fatal wäre. Und schließlich gehört zu den Aspekten auch etwa die Erkenntnis, dass die beste Prävention in der Sicherheitspolitik oft eine wirtschaftliche Verflechtung ist. Also: Machen Sanktionen als Mittel der Politik auf Dauer Sinn, oder sollte man nicht doch besser auf positive Anreize zur Verhaltensänderung setzen und wenn ja, welche könnten das realistischerweise sein?

Es gibt also zahlreiche Fragen, meine Damen und Herren, um die zu streiten sich tatsächlich lohnt. Und dafür wollen wir hier und heute eine Plattform bieten. Es wäre natürlich vermessen, auch das muss ich gleich noch sagen, abschließende Antworten und einfache Lösungen zu erwarten. Aber vielleicht gelingt es uns, zumindest ein wenig mehr Klarheit zu schaffen in dieser für Europa doch so bedeutenden Zukunftsfrage.

Einen entscheidenden Impuls dafür wird uns die Keynote von Herrn Dr.

Gernot Erler geben. Er gilt nicht nur als einer unserer versiertesten Außenpolitiker in Deutschland, sondern eben auch als einer der Russlandkenner. Kein Wunder, war er doch in seinen mehr als 25 Jahren Erfahrungen als Abgeordneter des Deutschen Bundestages in ganz zentralen Positionen tätig. Ich nenne nur zwei davon, die auch für uns heute sehr, sehr wichtig sind. Unter anderem war er Staatsminister im Auswärtigen Amt und ist jetzt seit mehreren Jahren als Koordinator der Bundesregierung für die Zusammenarbeit – ich nenne jetzt nicht den ganzen langen Titel – unter anderem mit Russland tätig, also kurz als Russlandbeauftragter. Da Herr Erler als Hobby unter anderem auch das Berglaufen pflegt, hat er auch keine Höhenangst, wenn es um kritische Themen wie heute geht. Umso mehr freue ich mich jetzt mit Ihnen auf seine Keynote. Ich wünsche uns allen einen ganz, ganz spannenden Nachmittag und ich danke noch einmal, auch von meiner Seite, für Ihr Interesse.



Foto: R. Hocke

3. Keynote

*Staatsminister a. D.
Dr. h. c. Gernot Erler MdB,
Koordinator der Bundesregierung
für die zwischengesellschaftliche
Zusammenarbeit mit Russland,
Zentralasien und den Ländern der
östlichen Partnerschaft*

Frau Präsidentin, liebe Ulrike Merten, Herr General Lahl, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich erstmal herzlich bedanken, dass ich hier eingeladen wurde, an diesem zweiten Berliner Sicherheitsdialog teilzunehmen und dazu eine Keynote beizutragen.

Den Titel haben Sie gesehen: „Russland und die neue Weltordnung: Von der Westorientierung zum Blick nach Asien?“. Ich möchte das in vier Abschnitten hier vortragen. Ein Einleitungskapitel soll heißen „Von der Pax Americana zur multipolaren Weltordnung“, dann will ich mich „Chinas Marsch nach Westen“ widmen, dann auf Russland zu sprechen kommen mit „Moskau – der neue Blick nach Asien“ und am Schluss versuchen, ein Resümee zu ziehen und einen kleinen Ausblick zu geben.

Meine Damen und Herren, Weltordnungen neigen dazu, länger zu halten. Manchmal wandeln sie sich dann aber sehr schnell nach dramatischen Ereignissen. Die letzte längere Weltordnung, die gehalten hat, die in sich stabil war, dauerte immerhin von 1949 bis 1989 – also immerhin 40 Jahre. Sie ist uns bekannt als „Blockkonfrontation“, als „Kalter Krieg“, aber es war eine bilaterale Weltordnung zwischen Ost und West. Sie hat sich 1989 bis 1991 aufgelöst, mit der Auflösung auch der Sowjetunion und des Warschauer Vertragssystems, und das wurde interpretiert als Sieg des Westens, wodurch ein neues, unipolares

Weltsystem in den Blick kam. Man glaubte, dass vielleicht jetzt ein Zeitalter der „Pax Americana“ anfängt, mit einer einzigen Weltmacht, die die Regeln bestimmt. Es war von Friedensdividende die Rede, Francis Fukuyama hat sogar vom „Ende der Geschichte“ geträumt – aber das hat nicht lange angehalten. Nicht viel mehr als zehn Jahre, dann gab es im Grunde genommen mit 9/11 ein dramatisches neues Ereignis, wodurch die Verletzlichkeit dieser Weltmacht deutlich wurde. Danach haben die Vereinigten Staaten versucht, sich wieder Respekt als Weltmacht zu verschaffen. Durch militärische Interventionen wie den Krieg in Afghanistan 2001, die Intervention im Irak 2003, begleitet dann von einem Versuch der Europäer, mit einem weiteren Land auf der sogenannten „Achse des Bösen“, dem Iran, eine Verhandlungslösung zu finden, damit nicht noch eine militärische Intervention stattfindet, was nach langen zwölf Jahren dann Erfolg hatte. Aber es blieb nicht bei dieser amerikanischen Politik, sondern unter Barack Obama haben wir dann eine Art Rückzug als Ordnungsmacht erlebt, mit dem Rückzug aus Afghanistan, mit dem Rückzug aus Irak. Barack Obama hat 2011 dann den sogenannten „Pivot to Asia“ verkündet, eine Hinwen-

dung nach Asien, die aber ganz klar ein Ziel hatte: Da war etwas in Bewegung gekommen mit China, und es war Obamas fester Plan, den Einfluss Chinas einzuhegen und dafür auch andere asiatische Staaten zu gewinnen. Die „Trans-Pacific Partnership“ mit zwölf Ländern sollte hier vor allen Dingen helfen.

Was passierte in dieser Zeit in der ehemaligen Sowjetunion, aus der ja 15 postsowjetische Republiken geworden waren, die zum Teil dann schwierige Kriegsereignisse mit separatistischem Hintergrund ertragen mussten, die erst 1994 beendet werden konnten, so in Georgien, in Nagorny Karabach oder in Transnistrien? Auf jeden Fall starteten diese 15 neuen Staaten mit einer unglaublich schwierigen wirtschaftlichen Situation in ihre Zukunft. 60% minus beispielsweise in der Russischen Föderation bei der Industrieproduktion. Damit musste dann als erster russischer Präsident Boris Jelzin fertigwerden, in den 90er Jahren, auch als Rechtsnachfolger der Sowjetunion. Im Westen haben wir auf Boris Jelzin geschaut als einen Reformen, der Demokratie und Marktwirtschaft in Russland durchgesetzt hat. Der russische Blick blieb skeptischer, die Leute litten unter der Not, un-

ter dem Chaos. Löhne und Gehälter wurden nicht immer ausgezahlt, die Zentralmacht wurde geschwächt. Es kam der Tschetschenienkrieg dazu und dann die katastrophale Rubelkrise 1998. Man kann also sagen, das Land war sehr stark mit sich selbst und mit den eigenen Problemen beschäftigt. Trotzdem gab es Versuche einer sogenannten „Reorganisation“ des postsowjetischen Raums. Sie werden noch die GUS im Kopf haben, die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“.

Das war so ein Versuch, und es war dann viel die Rede vom ‚nahen Ausland‘, also dem Anspruch, im postsowjetischen Raum weiter eine Gestaltungsmacht zu bleiben. Es gab ein großes Thema der 25 Millionen Auslandsrussen, die durch die Auflösung der Sowjetunion nicht mehr in der Russischen Föderation lebten. Aber es gab keine politische Kraft, um diese Ansprüche tatsächlich auch umzusetzen. Das ändert sich erst im Jahr 2000 mit Wladimir Putin, dem eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung gelingt. Sein großes Thema von Anfang an ist die sogenannte „gleiche Augenhöhe“, die Anerkennung als Weltmacht auf dem gleichen Level wie die Vereinigten Staaten. Eindeutig wurde dies 2001, als Moskau ein

eindeutiges Angebot gemacht hatte, doch gemeinsam gegen den Terrorismus vorzugehen, was nicht durch Washington akzeptiert worden war. Obama insgesamt hat sich immer wieder geradezu herablassend über die Russische Föderation geäußert, mit einem Höhepunkt am 25. März 2014, als er in Den Haag bei einer Konferenz von der „Regionalmacht Russland“ sprach, die hauptsächlich aus Schwäche handelt. Das ist ihm in Moskau bis heute nicht vergessen worden. Die Wahrnehmung in Russland war die, dass der Westen eigentlich ständig eine antirussische Politik betreibt. Da kommen immer die gleichen Aufzählungen: Osterweiterung der EU, Osterweiterung der NATO, gegen den Protest von Russland die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo, dann gegen russischen Protest die Intervention im Irak und dann die sogenannten farbigen Revolutionen, die als antirussisch in Moskau empfunden wurden, also sozusagen als Organisation von regime changes in der unmittelbaren Umgebung von Moskau. Hier sind wir natürlich auch schon bei der Vorgeschichte des Ukraine Konflikts. Nach meiner Deutung wurden die folgenden Ereignisse in dieser Tradition der negativen Wahrnehmung westlicher Politik gedeutet. Mit der EU-Politik

gegenüber der Ukraine, mit dem Angebot eines EU-Assoziierungsabkommens und Freihandelsregimes und dann mit dem Umsturz in Kiev, als sozusagen vierte farbige Revolution und als Unterstützung eines regime changes durch den Westen, wurden aus russischer Sicht einige rote Linien überschritten. Diese wurden dann selber mit einer dramatischen Überschreitung roter Linien beantwortet, nämlich mit der Annexion der Krim und der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine.

Der Westen fasst das als einen Bruch der europäischen Friedensordnung auf und kritisiert dieses Verhalten sehr stark. Das ist sozusagen die Vorgeschichte von dem Thema, dem ich mich jetzt zuwenden würde.

Was ist passiert östlich von Russland: Chinas Marsch nach Westen

Im September 2013 reist der relativ neue Generalsekretär der KP China und Staatspräsident Xi Jinping nach Astana, die kasachische Hauptstadt, und hält dort eine weltweit beachtete Rede, in der er den Aufbau eines „Silk Road Economic Belt“ ankündigt, also eines ökonomischen Gürtels Seidenstraße. Auf einer

Konferenz im Oktober desselben Jahres bei der APEC (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft) ergänzt er das und trägt den Plan einer „Maritimen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“ vor. Schon der Name ist, gerade in Zentralasien, sehr klug gewählt, weil die Seidenstraße bis heute geradezu ein magischer Begriff für Zentralasien ist, man denkt an die Handelsbrücke zwischen Asien und Europa, die lange funktioniert hat. Es gibt praktisch keinen zentralasiatischen Präsidenten, der nicht mindestens ein Buch über die Seidenstraße geschrieben hat. Beide Strategien werden dann zusammengefügt zu dem Programm, das erst „OBOR“, „One Belt, One Road“ genannt wurde und dann inzwischen aber umgetauft worden ist in RBI, die Abkürzung heißt „Road Belt Initiative“. Das Programm geht bis heute weiter.

Im Mai 2017 hat eine riesige Konferenz in Peking stattgefunden zur Seidenstraßen-Strategie der chinesischen Führung, an der 29 Staatschefs teilgenommen haben, darunter auch Wladimir Putin. Wo verbindlich erklärt wurde, dass bei den Investitionen, die hier ins Auge gefasst werden, die Größenordnung bei 900 Mrd. Dollar liegen

soll. Wenn Sie sich vorstellen, dass der deutsche Haushalt ungefähr bei 330 Mrd. Euro liegt, dann ist das eine gigantische Summe. Tatsächlich ist die Idee, ein riesiges Infrastrukturprogramm durchzuführen mit dem Bau von Eisenbahnlinien, darunter auch solchen für die berühmten chinesischen Hochgeschwindigkeitszüge. Straßen, Brücken, Tunnel, Häfen, Flughäfen und Pipelines – das alles richtet sich von der geografischen Ausrichtung her nach Westen. Es ist typisch für die chinesische Politik, dass solche eine neue Strategie lange und intensiv vorbereitet worden ist. Da spielt auch ein gewisser Wang Jisi eine wichtige Rolle, der Dekan der Pekinger Schule für Internationale Studien, der schon im Oktober 2012 einen Artikel unter dem Titel schrieb: „Marching Westwards: The Rebalancing of China's Geostrategy“. Ein wichtiges Motiv bei diesem chinesischen Marsch nach Westen ist die Stabilisierung der autonomen Region Xinjiang durch Handel und wirtschaftliche Belebung. Diese ist eine Problemregion in China mit vielen Minderheiten, die zum Teil unruhig sind, die Uiguren, die Tibeter, die Mongolen. Hier spielt das Ost-West-Gefälle, welches in China in gefährlicher Weise entstanden ist, eine wichtige Rolle.

Der Osten und die Küstenregionen sind wohlhabend, je weiter man nach Westen kommt, desto größer werden die Probleme. Auch darauf soll diese Seidenstraßen-Strategie eine Antwort geben. Wie gesagt – die Zielorientierung geht über Zentralasien, welches man als eine Brückenregion entwickeln will, nach Europa. Insgesamt hat diese Strategie sich sechs Korridore vorgenommen, aber der wichtigste ist der, der von China über Zentralasien und Russland nach Europa mit den Zielhäfen in der Ostsee laufen soll. Es geht also um milliarden-schwere Infrastrukturinvestitionen, und diese werden zum großen Teil abgewickelt über die 2015 neu gegründete „AIIB“ (Asiatische Infrastruktur Investment Bank) mit Sitz in Peking sowie einen eigens dafür geschaffenen milliarden-schweren Seidenstraßenfond. Unverkennbar ist hier, dass China damit Konkurrenzinstitutionen für den IWF und die Weltbank aufbaut, auch um sich hier unabhängig zu machen.

Das führt mich zu der übergeordneten Zielsetzung des Projekts. China tritt bei dem Seidenstraßenprojekt „RBI“ auf als guter Nachbar, der Nachbarn hilft bei Infrastrukturinvestitionen, von denen diese Partnerländer profitieren können. Aber

dahinter steckt die Idee, chinesische Waren – es gibt eine Überproduktion in China – schneller nach Westen zu verbringen und so schneller auch Absatzmärkte dafür zu schaffen. Daneben gibt es aber auch noch eine andere, nicht-ökonomische Zielsetzung des Projekts. Man will die von der amerikanischen Dominanz geprägte herrschende Weltordnung verändern, mit ihrem westlichen Institutionensystem. Man will dieses aufbrechen und eine – das ist ganz ausdrücklich der Wunsch – multipolare Weltordnung etablieren. Insofern ist die neue Seidenstraße auch die chinesische Antwort auf die Ende 2011 von Barack Obama ausgerufene „Pivot to Asia“-Politik, die ja eben gerade eine Eindämmung und Einhegung dieses chinesischen Strebens angepeilt hatte.

Aber es geht nicht nur um diese geostrategische Konkurrenz mit der Supermacht Amerika und um den Versuch, eine als solche wahrgenommene Monopolstellung Washingtons aufzubrechen. Die Seidenstraßenoffensive offenbart auch ein wachsendes Selbstbewusstsein Chinas als asiatische Ordnungsmacht, die es nicht mehr zulassen will, an anderswo definierten Kriterien gemessen und beurteilt zu werden. China spricht neuerdings von

sich selbst als der größten Demokratie der Welt. Da schluckt man erstmal ein bisschen und denkt auch an Indien, wo auch dieses Attribut eingefordert wird. Wir haben viele Belege dafür, dass die chinesische Führung tatsächlich sich zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten bekennt, aber hinter diesen übernommenen Idiomen steht eine andere politische und gesellschaftliche Realität. China reklamiert ganz offen das Recht, selbst entscheiden zu können, was im eigenen Land Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedeutet. Die Unterschiede zu den westlichen Vorstellungen werden gar nicht geleugnet, sondern das Ganze wird als Resultat einer eigenen kulturellen Entwicklung offensiv bekräftigt. Das heißt natürlich, meine Damen und Herren, nichts anderes, als dass die neue Ordnungsmacht China aus der globalen Gemeinschaft ausschert, sobald diese sich zu universellen Werten und unveräußerlichen Prinzipien im Sinne einer Weltzivilisation bekennt. Mit der Folge, dass eben ab sofort Mahnungen gegenüber chinesischen Entwicklungen und Anforderungen dieser universellen Werte ins Leere laufen, und das ist auch so gewollt. Was ist nun parallel dazu und als Antwort darauf in Russland passiert?

Moskau – der neue Blick nach Asien

Das kann man mit einem Wort zusammenfassen, und dieses Wort heißt „Greater Eurasia“. Da laufen verschiedene Linien der russischen Politik in diese Richtung zusammen. Ich hatte ja schon erwähnt, dass unmittelbar nach Auflösung der Sowjetunion schon Versuche einer Reorganisation des postsowjetischen Raums angegangen wurden, aber dass die Kraft nicht reichte, um da voranzukommen. Ein wichtiges Zwischenstadium bei diesen Bemühungen war im Jahre 2010 die Zollunion von Russland, Weißrussland und Kasachstan. Damals hoffte man auch, die Ukraine auf jeden Fall für diese Zollunion gewinnen zu können, das ist auch ein Hintergrund des Ukraine Konflikts, dass da dann eine Absage in diese Richtung kam. Ein entscheidender Schritt für Wladimir Putin war der 1. Januar 2015 mit der Bildung der Eurasischen Wirtschaftsunion. Fünf Staaten, also Russland, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Armenien, mit insgesamt 170 Millionen Einwohnern nehmen an dieser Eurasischen Wirtschaftsunion teil. Das ist schon angelegt als ein dynamischer Prozess, denn man versucht, Freihandelsabkommen zwischen dieser Eurasischen Wirtschaftsunion und

anderen Staaten zu erreichen. Mit Vietnam ist ein solches schon seit 2016 in Kraft, aber es laufen auch Gespräche mit Indien, Pakistan, Korea, Singapur, Iran, Israel und Serbien.

Eine andere politische Linie in diese Richtung hat zu tun mit der aktuellen politischen Krise zwischen dem Westen und Russland, eben wegen des Ukraine Konflikts und der dort verhängten Sanktionen. Russland hat bei der Suche nach Ersatzpartnern, also auch bei der Suche nach Substitutionen für Importlücken, die entstanden sind, den Blick vor allen Dingen nach China gewandt. Dafür ist auch ein russischer Begriff geprägt worden, „Povorot na Vostok“, die Hinwendung nach Osten, also sprachlich das Gleiche wie bei Obama „Pivot to Asia“, das ist praktisch, wenn man so will, eine Art Übersetzung. Eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit den asiatischen Staaten, vor allen Dingen mit China, aber die großen Hoffnungen, die Russland darauf gesetzt hatte, sind doch inzwischen einer Ernüchterung unterlegen. China hat sich immer als knallharter Verhandlungspartner erwiesen, wie etwa bei dem berühmten Pipelineprojekt „Sila Sibiri“, wo heute schon feststeht, dass Moskau keinen Gewinn bei diesem Großprojekt machen wird, weil es

„Eines ist aber klar, und da ziehen Moskau und Peking an einem Strang, „Greater Eurasia“ markiert den Eintritt in eine multipolare Weltordnung und soll definitiv den US-amerikanischen Führungsanspruch beerdigen.“

Dr. Gernot Erler

nicht erfolgreich genug verhandelt hat. Aber natürlich war das als eine Botschaft an den Westen gemeint, wir sind von euch nicht abhängig, wir haben Alternativen, und die haben wir eben in Asien, und die nutzen wir, und dann werden uns die Sanktionen auch nicht so beeinflussen, wie Ihr euch das wünscht.

Wie das aber insgesamt in Russland weitergeht, das ist nach meiner Einschätzung im Augenblick völlig offen. Es gibt diesen „Povorot na Vostok“, diese Hinwendung nach Osten, es gibt diesen Aufstieg von China, auch als Handelspartner, aber es gibt auch diejenigen, die sagen, dass es ohne eine Kooperation mit dem Westen nie zu einer Modernisierung der russischen Wirtschaft und Gesellschaft kommen wird.

Das kommt jedem, der sich mal mit russischer Geschichte beschäftigt hat, sehr vertraut vor. Dieses Ringen zwischen Westlern und Slawophilen, wie das im 19. Jahrhundert genannt wurde, das gibt es heute noch.

Diese Frage „Wohin muss sich eigentlich Russland ausrichten?“ – ich könnte jetzt hier einen langen Bericht darüber geben, wie diese Auseinandersetzung, die übrigens ganz offen in den Medien geführt wird, abläuft – genauso wie die Frage, welche Richtung eigentlich Putin berät, das ist eine noch offene Frage, die noch nicht entschieden ist. Aber natürlich stellt sich die Frage, wie soll eigentlich die russische politische Antwort auf diese dynamische chinesische Strategie, die ich hier kurz beschrieben habe, ausse-

hen? Wie vermeidet man da einen Zusammenprall? Die einen wollen nach Westen, die anderen wollen den Blick nach Osten richten – es ist ein schwieriges Problem.

Die Antwort von Wladimir Putin lautet: „Bolschoe Ewrasiskoe Sotrudnitschestwo: die große eurasische Partnerschaft“. Das ist ein Begriff, der geistert jetzt immer wieder durch die russische Politik. Die Idee ist dabei, den gesamten euro-asiatischen Raum zu vernetzen und dabei alle bestehenden Kollektivorganisationen in eine Zusammenarbeit untereinander zu bringen. Also die Eurasische Wirtschaftsunion von Russland zusammen mit der chinesischen Seidenstraßeninitiative RBI zusammen mit der SCO (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit), der größten Sicherheitsorganisation in Asien, und zusammen mit den ASEAN-Staaten. Putin hat sogar vorgeschlagen, die BRICS-Staaten, also die ehemaligen Schwellenländer Brasilien, Indien, China und Südafrika mit einzubeziehen in diese große eurasische Partnerschaft.

Im Grunde genommen steckt dahinter die Idee einer gigantischen Freihandelszone auf dem eurasischen Kontinent. Man kann es aber auch als eine großräumige Umar-

mungspolitik verstehen, um den Schwung aus dieser chinesischen Initiative der Seidenstraßenpolitik abzufedern. In einem Punkt aber – und das ist interessant – gibt es eine Parallele zur chinesischen Politik. Auch Russland sieht sich als Ordnungsmacht mit einem Wertesystem, gewachsen aus der eigenen Nationalkultur. Hier werden dann immer wieder die sogenannten traditionellen russischen Werte zitiert: Vaterland, Familie, Religion, manchmal gehört auch Homophobie dazu. Hier sehen wir dann auch plötzlich, warum es so eine enge Verbindung der russischen Politik mit den europäischen Rechtspopulisten gibt. Das ist nicht nur ein Versuch, die Einigkeit und den Konsens innerhalb der EU in Sachen Sanktionen auf irgendeine Weise aufzubrechen, sondern man muss sagen, dass die politischen und kulturellen Wertvorstellungen der europäischen Rechtspopulisten recht gut zu den traditionellen russischen Werten passen. Insofern kommt die taktische Kooperation mit den Rechtspopulisten manchmal im Kleid einer echten Seelenverwandtschaft daher. Eines ist aber klar, und da ziehen Moskau und Peking an einem Strang, „Greater Eurasia“ markiert den Eintritt in eine multipolare Weltordnung und soll definitiv den US-amerikani-

schen Führungsanspruch beerdigen. Dieses Projekt begleitet auch den Abschied aus dem Bekenntnis zu universell gültigen und vertraglich abgesicherten Regelsystemen. Hier spreche ich von der europäischen Friedensordnung, die vor allen Dingen auf diesen beiden Fundamenten der Schlussakte von Helsinki von 1975 und der Charta von Paris für ein neues Europa von 1990 beruht. Wenn man mit russischen Kollegen redet, dann hört man immer wieder: „Ja, kann sein, dass wir diese Regeln verletzt haben, aber die sind für uns nicht mehr richtungsweisend. Diese sind zum Teil überlebt und nicht mehr zeitgemäß.“ Russland schafft sich als selbstbewusste Ordnungsmacht seine eigenen Regeln und sucht damit auch, wie die Chinesen, nach Immunität gegen jegliche Kritik an den eigenen Verhaltensweisen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich versuchen, ein Resümee zu ziehen und einen kleinen Ausblick zu geben. Wenn wir die Weltordnung heute anschauen, dann ist sie in Bewegung. Die Vereinigten Staaten sind ganz offensichtlich in einer unsicheren Situation, sie haben sich teilweise als Führungs- und Ordnungsmacht zurückgezogen. Ich erwähnte schon Afghanistan und Irak, und wenn man beobachtet, dass

es praktisch keine echte amerikanische Rolle gab bei den Versuchen, den Syrienkonflikt zu lösen, kann man das fortsetzen. Aber wir wissen noch nicht genau, in welche Richtung eigentlich die amerikanische Politik unter Donald Trump geht. Er hat gesagt, er will nicht mehr die Rolle des Weltpolizisten, aber als in Syrien C-Waffen eingesetzt wurden, hat er Kampfflugzeuge geschickt, und er hat Flottenverbände in Richtung Nordkorea geschickt – also das ist eine große Unsicherheit. Aber das ist ein Vakuum, das andere nutzen. Chinas ökonomischer und politischer Aufstieg ist unübersehbar. Auch ist der Anspruch unübersehbar, selber Ordnungsmacht zu sein, und damit Weltmacht auf gleicher Augenhöhe. Das Ziel ist es eben, ausdrücklich die multipolare Weltordnung gegen vor allen Dingen einen unipolaren Führungsanspruch der Vereinigten Staaten durchzusetzen.

Russland ist konfrontiert mit dem Druck des Westens im Ukraine-Konflikt und herausgefordert durch diese riesige Initiative der Chinesen mit dem Seidenstraßenprojekt. Es muss auch Sorge haben wegen der östlichen Teile Russlands, die auch unter „Entvölkerung“ leiden und wo, sage ich mal, die Bilder chinesischer Kultur schon auf den Straßen sehr

oft anzutreffen sind. Aber Russland teilt dieses Ziel der multipolaren Weltordnung und triumphiert zum Teil im Augenblick. Bei russischen Kollegen kann man manchmal geradezu triumphierend „Post-West-Ordnung“ und Ähnliches hören. Also man glaubt dort, dass das Ende des westlichen Liberalismus schon eingetreten ist und dass wir uns in einer neuen Phase befinden.

„Greater Eurasia“ ist die logische Fortsetzung der Hinwendung nach Osten. Es ist überwiegend eine Angelegenheit von Russland und China, aber es gibt hier auch Bezüge zur EU. Von russischen Kollegen hört man immer die Botschaft und das Angebot: „Ihr könnt doch als EU diese Eurasische Wirtschaftsunion nutzen als eine Brücke zu den asiatischen Märkten.“ Ich habe festgestellt, dass dies in der deutschen Wirtschaft durchaus als ernsthaftes Angebot angenommen wird. Da wird zum Teil sehr heftig geworben dafür, dass sich die EU tatsächlich für die Eurasische Wirtschaftsunion öffnen sollte. Wahrscheinlich ist dieser Prozess der Veränderung der Weltordnung nicht aufzuhalten, aber ich sage voraus, dass wir ein Problem kriegen oder haben, welches sich weiter entwickeln wird, mit Russlands Abkehr von der europäischen Friedensord-

nung. Nicht nur wegen einer Abkehr in einem Einzelfall, sondern eben mit dem Anspruch, Ordnungsmacht zu sein und sich seine eigenen Regeln zurechtzulegen. Denn – und darüber habe ich jetzt überhaupt nichts gesagt – da könnten noch andere Staaten auf der Welt kommen und ähnliche Ansprüche stellen. Dann ist die Gefahr groß, dass das Schlimme macht, so dass man sich auch anderswo aus universell geltenden Regeln und Prinzipien verabschiedet. Am Ende kann es bei dieser Entwicklung nur ein Ergebnis geben, nämlich die Rückkehr zu einer archaischen Weltordnung, bei der nur eine Regel gilt: das Recht des Stärkeren. Das kann eigentlich niemand wollen – das können, wenn man realistisch vorgeht, eigentlich auch nicht Peking und Moskau wollen.

Was ist in diesem Kontext mit der EU? Welche Rolle spielt diese eigentlich?

Diese Entwicklung in der Weltordnung kommt zu einer Zeit, in der die Europäische Union sehr stark mit eigenen Problemen konfrontiert ist und sehr viel Kraft dafür aufwenden muss. Bisher ist es immer noch nicht endgültig gelungen, aus der Finanzkrise von 2008 herauszukommen, wenn man nur die Situation in Griechenland betrachtet. Es

hat eine Auseinanderspreizung von Arm und Reich in Europa gegeben, obwohl der Anspruch war, gemeinsame Korridore von vergleichbaren Lebensstandards zu schaffen. Der von mir schon zitierte Rechtspopulismus ist zum Teil schon richtig EU-feindlich eingestellt und gewinnt an Zuspruch. Der BREXIT ist natürlich eine große Herausforderung, denn je nachdem wie man diesen handhabt, ist das ein Balanceritt, da auch unter Umständen andere auf ähnliche Ideen kommen. Die Türkei macht uns große Sorgen, und über die Folgen des Katalonienkonflikts vermag ich noch gar nicht zu sprechen, da dies natürlich entscheidend ist für die Zukunft der EU.

Ich glaube, die Europäische Union müsste sich wieder stärker auf die drei großen Versprechen konzentrieren: Frieden, das heißt, jeder Konflikt wird nur politisch gelöst und nicht militärisch. Zweitens Prosperität, das heißt, alle profitieren von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und von den gemeinsamen Märkten. Drittens Solidarität, das heißt, man schafft annähernd vergleichbare Lebensstandards und hilft auch einem anderen in der Krise. Wenn man sich die Behandlung des Flüchtlings-

problems anschaut, sind wir im Augenblick davon weit entfernt. Die EU müsste sich auch anschauen, wie sie es mit der Erweiterungspolitik handhabt. Ich schaue hier mit großer Sorge auch nach Südosteuropa, auf den Westbalkan, wo die Frage ist, ob hier im Augenblick auch ein weltpolitisches Einflussringen stattfindet. Man beobachtet dort Aktivitäten von der Türkei und natürlich auch von Russland mit alten Beziehungen zu Serbien und anderen Partnern. Wir müssen auch hier in der EU eine Entscheidung treffen, wie die Beziehungen mit den Staaten, die ein EU-Assoziierungsabkommen haben, wie Georgien, Ukraine und Moldova, aussehen sollen. Da brauchen wir auch eine langfristige Perspektive und nicht nur einen kurzatmigen Aktionismus.

Eines steht fest, und damit möchte ich schließen: Weder Russland noch die EU alleine haben die Kraft, wenn das weiter so läuft mit dem Teilrückzug der Vereinigten Staaten, um dieser großer chinesischen Offensive tatsächlich etwas entgegenzusetzen. Auch das ist tatsächlich für mich ein Grund, und damit bin ich wieder bei dem Hauptthema der heutigen Veranstaltung, nach politischen Kon-

fliktlösungen zwischen Ost und West, zwischen der EU und Russland, zu suchen und sich dabei zu bemühen, diese Partnerschaft wieder zu erneuern, was nur über eine Wiederherstellung von Vertrauen funktionieren wird. Aber darüber werden wir hier sicherlich im Anschluss weiterreden. Sonst werden beide, die EU wie Russland, die Reorganisation der Weltordnung eher als Objekte als als Subjekte erleben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Foto: R. Hocke, v.l.n.r.: Professor Dr. Krzysztof Miszczak, Dr. Margarete Klein, Wolfgang Rudischhauser, Professor Dr. Jörg Baberowski, Gernot Erler

Panel 1: Zur Suche nach gemeinsamen Interessen mit Russland

Moderation:

*Wolfgang Rudischhauser,
Vizepräsident der
Bundesakademie für
Sicherheitspolitik*

Teilnehmer:

*Dr. h. c. Gernot Erler MdB
Staatsminister a. D.*

*Professor Dr. Krzysztof Miszczak,
Polnischer Vorsitzender
des Deutsch-Polnischen Forums*

*Professor Dr. Jörg Baberowski,
Professor für Geschichte Osteuropas,
Humboldt-Universität zu Berlin*

*Dr. Margarete Klein,
Stiftung Wissenschaft und Politik,
Stellv. Forschungsgruppenleiterin
Osteuropa und Eurasien*

Wolfgang Rudischhauser:

Guten Nachmittag, meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, Generalleutnant Lahl, Herr Staatsminister. Meine Damen und Herren, die Panelisten nehmen gerade Platz. Es freut mich und ehrt mich sehr, dass ich als neuer Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik gebeten wurde, die Moderation dieses ersten Panels zu übernehmen. Als ich mich dazu bereiterklärt habe, als Herr Generalleutnant Lahl gefragt hatte, stellte sich auch mir die Frage, die das Motto dieser Veranstaltung ist: „Russland verstehen – geht das?“ Können wir Verständnis aufbringen für ein Land, das mehr als 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges, 25 Jahre nach Beginn der Perestrojka und fast 40 Jahre nach Helsinki die Grundfesten der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung wieder in Frage stellt?

Ein Russland, das die territorialen Grenzen in Europa wieder in Frage stellt, eingegangene Verpflichtungen wie das Budapester Memorandum oder den INF-Vertrag offen verletzt, oder zumindest sehr weit interpretiert. Das offen mit dem nuklearen Säbel rasselt und mit dem Einsatz von Nuklearwaffen zur Deeskalation droht. Das mit

von vielen Europäern als Provokation empfundenen Großmanövern für Unsicherheit in Europa und bei der NATO sorgt. Ein Russland, welches in der Ukraine auf einen neuen „Frozen Conflict“ wenn schon nicht offen hinsteuert, so ihn doch offen in Kauf nimmt. Gibt es also gemeinsame Interessen mit Russland, die wir trotz oder gerade wegen dieser offenen Fragen verfolgen sollten oder können? Darüber wollen wir in der nächsten Stunde auch mit dem Publikum gemeinsam debattieren. Ich bin mir sicher, dass die Meinungen hier weit auseinander gehen werden, aber vielleicht hilft das ja, zum gemeinsameren oder zumindest zum besseren Verständnis Russlands zu kommen. Ziel ist es, wie Herr Lahl es ausgedrückt hat, sich zunächst Russland und seiner Politik zu widmen.

Wir haben für diese Diskussion ein hervorragend besetztes Panel. Herrn Staatsminister Erler brauche ich in diesem Kreis ja nicht weiter vorzustellen, außerdem hat Herr Generalleutnant Lahl das bereits unternommen. Herr Erler hat uns in seiner Keynote auch schon seine Sichtweise erläutert und als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den OSZE-Vorsitz und früherer Koordinator für die

zwischenengesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russland und den Ländern der östlichen Partnerschaft ist Herr Erler natürlich bestens mit diesem Thema vertraut. Herr Erler herzlich willkommen zu diesem Panel!

Lassen Sie mich aber auch die anderen Panelteilnehmer zunächst vorstellen: Da ist ganz zu meiner Rechten Prof. Dr. Krzysztof Miszczak aus Polen. Herr Prof. Miszczak ist Professor an der Warsaw School of Economics, Foreign and Security Policy, und in dieser Funktion ist er heute hier. Er hat Politikwissenschaften, Internationale Beziehungen, Journalistik, Philosophie und Sinologie in Warschau, München und London studiert. Seit 2009 ist er aber auch, wenn ich richtig informiert bin, Ko-Vorsitzender der deutsch-polnischen Arbeitsgruppe „Rechtlich-historische Fragen und Erinnerungskultur“ und Vorsitzender des Rates der Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“. Mit der BAKS ist Prof. Miszczak unter anderem durch seine Teilnahme am „Forum Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit“ seit 2014 eng verbunden. Außerdem ist mit uns Prof. Dr. Jörg Baberowski, Osteuropaexperte und seit 2002 Professor für Geschichte Osteuro-

pas an der Humboldt-Universität hier in Berlin. Nach einem Studium der Geschichte und Philosophie an der Universität Göttingen arbeitete Professor Baberowski zu Osteuropa, unter anderem an den Universitäten in Tübingen, Frankfurt und Leipzig. Und last but not least die leider heutige einzige Frau im Panel, Frau Dr. Margarete Klein, stellvertretende Forschungsgruppenleiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und unter anderem auch Teilnehmerin an unserem sicherheitspolitischen Seminar 2011. Frau Dr. Klein hat neuere und neueste Geschichte sowie mittelalterliche Geschichte und Politikwissenschaften in München studiert und war unter anderem Lehrbeauftragte an der Universität Regensburg. Ihre Forschungsgebiete bei der SWP umfassen unter anderem Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik Russlands, Russlands Nahost- und Asienpolitik – da kommen wir sicher auf die Themen, die Herr Erler angesprochen hat –, Moskaus Verhältnis zur NATO, was mich als ehemaligen NATO-Mitarbeiter sehr interessiert, russische Militärreformen und Entwicklung der CSTO (Collective Security Treaty Organization).

Beste Voraussetzungen also, um das Thema möglicher gemeinsamer Interessen mit Russland zu diskutieren. Ich habe die TeilnehmerInnen gebeten, auf die üblichen Eingangsstatements zu verzichten, sodass wir mehr Zeit für Diskussionen haben. Stattdessen möchte ich sie mit einigen gezielten Fragen aus der Reserve locken und ihnen drei bis fünf Minuten geben, darauf einzugehen.

Ich möchte zunächst mit Staatsminister Erler beginnen. Herr Erler, Sie haben bereits im Sommer 2015, also kurz nach der Entwicklung in der Krim, dafür plädiert, Chancen für eine neue, zweite Phase der ost-europäischen Entspannungspolitik auszuloten, wenn der politische Wille dafür auf beiden Seiten da ist. Noch im September 2017 sahen Sie in einem Interview jeden Tag die Chance auf eine Annäherung zwischen dem Westen und Russland. War der kürzliche Besuch von Bundespräsident Steinmeier in Moskau ein erster Versuch in dieser Richtung? Ist die Zeit jetzt reif für eine solche Annäherung? Und wenn ja, welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit wir den Dialog mit Russland wieder aufnehmen können?

Gernot Erler:

Ja, vielen Dank für die Frage. Ich fange mal mit der offiziellen Position der Bundesregierung in dieser Frage an. Diese lautet, wir sind fest in unseren kritischen Positionen gegenüber dem russischen Verhalten auf der Krim und in der Ostukraine, aber wir sind immer offen für einen Dialog. In dem Kontext muss man auch die letzte Reise von Bundespräsident Steinmeier nach Moskau sehen. Immerhin die erste Reise eines Bundespräsidenten nach sieben Jahren, Joachim Gauck hat fünf Jahre dieses Land überhaupt nicht besucht. Dahinter steckt im Grunde genommen dieser doppelte Ansatz, dass man eben immer wieder versuchen will herauszubekommen, ob sich etwas bewegen lässt und ob man vorankommt mit einer politischen Lösung des Konflikts. Und natürlich will man auch, dass nicht andere Bereiche unserer Beziehungen mit Russland mehr als nötig darunter leiden. Dass sie leiden, ist klar, aber eben nicht mehr als nötig. Ich meine, wenn hier die Überschrift heißt „Suche nach Gemeinsamkeiten“, dann muss man feststellen, dass es Gemeinsamkeiten mit Russland gibt, die sogar sehr umfangreich sind. Wir haben intensiven wirtschaftlichen Austausch, der übrigens, wenn er zurückgegangen

ist – und er ist seit 2013 zurückgegangen –, dann weniger durch die Sanktionen als durch die Krise der russischen Wirtschaft. Wir haben eine wechselseitige energiepolitische Abhängigkeit zwischen Deutschland, übrigens auch der EU und Russland mit einem Bezug von einem Drittel an Öl- und Gasbedarf aus dem Land. Natürlich spielt das auch so eine wichtige Rolle für das russische Budget, dass man da von einer wechselseitigen Abhängigkeit sprechen kann. Wir haben Gemeinsamkeiten im Bereich der Kultur, der Wissenschaft, der Großforschungsprojekte, wir haben 950 Hochschulpartnerschaften, viele Städtepartnerschaften und viele Organisationen, die sich mit diesem Land beschäftigen.

Also das sind Gemeinsamkeiten, die mit diesem Land bestehen und eben auch einer Pflege bedürfen – wo man sich engagieren muss, wo man sich engagieren kann. Aber wir haben eben doch die sehr ernste Situation, ich habe das vorhin versucht zu schildern, dass wir nicht wissen, auf welcher Basis eigentlich die russische Politik arbeitet. Wie das zu verstehen ist, dass eben mit dem Vorgehen in der Ukraine und in der Krim grundlegende Regeln des Zusammenlebens und in der

Friedensordnung in Europa verletzt worden sind. Das ist sozusagen der andere Teil, wo man eine deutliche Position, ich sage nicht eine harte, aber eben eine deutliche Position, einnehmen muss. Aber auch darüber muss man natürlich versuchen, mit russischen Kollegen zu reden. Ich meine, das nimmt ja zum Teil doch sehr eigenartige Formen an. Ich habe einen meiner Gesprächspartner aus Russland mal erlebt, der mir gesagt hat, als ich ihm einen Vortrag zur Ukrainepolitik Russlands gehalten habe: „Mein lieber Freund, Du musst verstehen, das war unsere Wiedervereinigung. Wir haben Euch geholfen bei Eurer Wiedervereinigung, jetzt versteht doch bitte, dass wir jetzt eine Wiedervereinigung mit der Krim vorgenommen haben. Warum findet Ihr das eine gut und das andere schlecht?“. Da liegt eine Welt dazwischen, und wenn das so bleibt, dann ist das für uns alle gefährlich. Die Gemeinsamkeit lässt sich da nicht mit einem Federstrich ganz einfach wiederherstellen, sondern die ist ganz eindeutig nur als Ergebnis einer langen, kontroversen Auseinandersetzung mit der anderen Seite vorstellbar und mit der Ergründung, woher das eigentlich kommt.

Abschließen möchte ich mit einem Punkt, der mir immer noch außerordentlich wichtig erscheint. Wir haben wirklich einen Entfremdungsprozess, der aber schon viele Jahre geht, der im Grunde genommen schon 1991 angefangen hat. Ich habe diese Frage der ‚gleichen Augenhöhe‘ hier bereits angesprochen. Wir haben eine unterschiedliche Wahrnehmung von derselben politischen Realität, indem der Westen sich immer gut gefühlt hat, dass er konstruktiv und partnerschaftlich mit Russland umgeht. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1997, vier Common Spaces, also Bereiche, wo man intensiv zusammengearbeitet hat, alljährliche Regierungskonsultationen. Die EU sprach jahrelang von einer strategischen Partnerschaft mit Russland. In Deutschland haben wir die Modernisierungspartnerschaft unter der Zeit von Medwedew entworfen und vorgebracht. Wir fühlten uns da wirklich, ich war ja selbst überall dabei, wir fühlten uns als konstruktive Partner von Russland.

Eigentlich zu spät, wir hatten Warnsignale, aber eigentlich zu spät, haben wir wahrgenommen, dass die gleiche Politik völlig anders bewertet wurde. Da spielte das gar keine Rolle mit der strategischen

Partnerschaft. Da spielte auch die wechselseitige Abhängigkeit keine Rolle, sondern da wurde gesagt: „Ihr macht eine antirussische Politik. Ihr akzeptiert uns nicht auf gleicher Augenhöhe, Ihr habt die Osterweiterung der NATO und der EU vorangetrieben. Kosovo, Irak und die farbigen Revolutionen sind alles amerikanisch intonierte regime changes in unserer Umgebung, um der russischen Opposition zu zeigen, wie man das machen kann, und der Höhepunkt war der Maidan.“ Das war also die größte Provokation, die man sich vorstellen kann. Also was macht man da? Wir nennen das ‚divergent narratives‘, also die unterschiedlichen Erzählweisen von der gleichen politischen Geschichte.

Ich bin davon überzeugt, dass wenn es uns nicht gelingt – und wir haben Ansätze dazu in der OSZE bereits gemacht –, hier mit der anderen Seite ins Gespräch zu kommen und das aufzuarbeiten, um zu sagen, wo ist das auseinandergefallen, wo hatten wir wirklich partnerschaftliche Beziehungen oder wo vielleicht auch Fehler gemacht, dann gibt es ein Problem. Aber wie kann das sein, dass es sich so auseinanderentwickelt und der eine sagt: „Versteht doch mal, das ist Wiedervereini-

gung für uns“. Also das ist für mich geradezu ein Anstoß gewesen dazu zu fragen, wo kann das eigentlich herkommen? Das müssen wir versuchen! Wir versuchen das im Augenblick im Rahmen der OSZE auf Basis der Zivilgesellschaft. Es gibt dort ein Projekt in Hamburg, wo man jetzt anfängt, diese ‚divergent narratives‘ aufzuarbeiten. Aber das muss nach meiner Auffassung beschleunigt werden, und das muss auch in den politischen Raum hinein. Das kann nicht nur im wissenschaftlichen Raum geschehen.

Wolfgang Rudischhauser:

Vielen Dank. Also, wenn ich das richtig verstehe, dann sagen Sie im Grunde, wir haben die Befindlichkeiten von Russland unterschätzt. Vielleicht auch, weil Russland nach Ende des Kalten Krieges geschwächt war und wir meinten, wir könnten es übergehen und wir müssten es nicht so ernst nehmen. Was wären denn jetzt konkrete Schritte, wenn wir denn auf Russland zugehen wollen, und was erwarten wir im Gegenzug von Russland?

Gernot Erler:

Es gibt erstmal einen Punkt, an dem wir nicht vorbeikommen können. Das ist die Frage der russischen Haltung im Ukraine Konflikt. Wir

müssen feststellen, dass wir seit dem 12. Februar 2015 das Minsker Abkommen mit seinen 13 Punkten haben. Der erste Punkt heißt „Feuer Einstellung“, und seit zweieinhalb Jahren hören wir Bekenntnisse von beiden Seiten, von der russischen und der ukrainischen, dass Minsk gilt und Minsk umgesetzt werden muss – aber es fehlt der politische Wille, das tatsächlich zu tun. Jeder weiß, dass wenn der politische Wille tatsächlich da wäre in Moskau, also zu sagen, wir hören jetzt auf mit den täglichen Opfern, mit den täglichen Schussübungen, dann würde das auch gemacht werden. Selbstverständlich fehlt es auch an der ukrainischen Entschlossenheit, tatsächlich auch mit den Kampfhandlungen aufzuhören. Das ist eine westliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass hier der gleiche politische Wille umgesetzt wird. Nicht nur bekundet, bekundet wird der immer, auch im Normandie-Treffen, aber es passiert einfach nichts. Das ist der entscheidende Punkt. Bevor es da keine Fortschritte gibt, wird es ganz schwierig. Wir können zwar sagen, wir sind dialogbereit, aber so lange wird kein Weg aus der Krise herausführen, und das ist nun mal der entscheidende Punkt.

Wolfgang Rudischhauser:

Letzte Frage: Es gibt ja diesen Vorschlag, UN-Blauhelme in der Ostukraine zu stationieren. Ist das etwas, wozu man sich Gedanken machen muss, über das man sich ggf. annähern kann?

Gernot Erler:

Die deutsche Politik hat das im Grunde genommen als einen konstruktiven Schritt angesehen. Dazu muss man wissen, dass die Ukraine einen Blauhelmeinsatz der Vereinten Nationen bereits seit längerem gefordert hat, Russland hat dies immer abgelehnt. Plötzlich kommt nun Putin und sagt: „Ich könnte mir das doch vorstellen, dass wir da irgendetwas machen.“ Allerdings hat er Rahmenbedingungen genannt, die schwer akzeptabel sind. Aber immerhin, wir konnten es verhindern, dass die Ukraine nun wiederum negativ reagiert hat, sie hat zumindest Gesprächsbereitschaft erklärt. Warum ist das wichtig und warum kann das weiterhelfen? Wir sind in einer Falle drin mit dem Minsker Abkommen. Ich sagte bereits, dass seit zweieinhalb Jahren diese Verpflichtung zu diesen 13 Punkten besteht und keiner von diesen umgesetzt ist – nicht einmal der erste. Das ist langsam ein Problem für das Normandie-Format,

also die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich, Ukraine und Russland auf der höchsten Ebene der Präsidenten und der Bundeskanzlerin.

Wie lange soll das noch gehen, dass diese sich immer wieder treffen, sich immer wieder zu Minsk bekennen, aber nichts passiert? Das führt zu einer Glaubwürdigkeitskrise von Politik. Insofern schafft diese minimale russische Bewegung ein Momentum, und jetzt wird auch an einem anderen Ort, nämlich in New York, wieder miteinander geredet. Die Positionen sind noch weit auseinander. Die Ukraine hat noch ganz andere Vorstellungen darüber, was die russische Seite machen soll, als die russische Seite, die nur will, dass die SMM (Special Monitoring Mission) geschützt wird. Und zwar nur an der ‚line of contact‘, also da, wo die Schießereien stattfinden. Die ukrainische Seite will, dass die SMM im ganzen Gebiet operieren darf und auch an die Grenze gehen darf, also die völkerrechtliche Grenze von Ukraine und Russland. Also da gehen die Vorstellungen weit auseinander, aber es könnte ein Momentum sein, aus dieser Stillstandsfalle herauszukommen. Das ist ein Momentum, wo wir sagen, man muss das zumindest testen, ob es da eine Annäherung geben kann.

Wolfgang Rudischhauser:

Vielen Dank. Jetzt haben wir eine deutsche Stimme gehört, wenden wir uns doch jetzt einmal Polen zu. Herr Prof. Miszczak, Russlands aggressiveres Auftreten wird von vielen in Polen, aber auch im Baltikum, als

Professor Dr. Krzysztof Miszczak:

Ich bedanke mich für diese Fragen. Ich glaube, dass Sie da mehrere Fragen gestellt haben, und vielleicht ganz kurz noch zu dem, was Herr Staatsminister Erler zuvor gesagt hat. Ich bin damit, salopp

„In der EU gibt es keine gemeinsamen Strategien in Bezug auf Russland, und da kommen die beiden, die Russen und Chinesen, und spielen uns auseinander. Das ist unsere Schwäche!“

Prof. Dr. Krzysztof Miszczak

eine akute militärische Bedrohung angesehen. Polen hat mit seinem starken Engagement für eine stärkere NATO-Präsenz im Osten und größeren Manövern Zeichen gesetzt. Es sieht aber bei vielen in Deutschland auch ein zu großes Verständnis für Russland. Sind, wenn ich so fragen darf, die deutsch-polnischen Beziehungen auch deshalb belastet, weil man in Polen nicht sicher ist, wo Deutschland steht? Befürchtet Polen, dass es wieder zu einer Annäherung mit Russland über Polen hinweg kommt, wie schon manchmal in unserer Geschichte?

gesagt, nicht einverstanden. Ich glaube, das, was Sie gesagt haben, ist zu statisch. Sie müssen Russland, China und die internationale Ordnung ein bisschen dynamischer sehen. Sie haben in dieser Keynote nicht über die innere Lage in diesen Ländern gesprochen. Sie wissen ganz genau, dass wir uns zuerst fragen müssen: „Was ist Russland?“. Russland ist nicht Putin. Zu diesem Land gehört auch die demokratische Opposition, und wir unterstützen diese Opposition in Polen, weil wir glauben, dass diese eben

die demokratische Opposition ist. Putin ist ein Diktator. So müssen wir uns diesen Mann ansehen, aber dabei keine Annäherung zu dieser Diktatur suchen.

Wissen Sie, wenn Sie eine Annäherung an diese Diktatur suchen, dann treffen wir uns irgendwo in der Mitte dieser Welt. Das bedeutet, dass wir eigene Werte aufgeben müssten – das ist klar. Also es bleibt die Frage: ein Gespräch mit wem? Russland ist eine Macht, ich würde nicht sagen Supermacht, weil es keine Supermacht ist. Das, was die Russen jetzt versuchen zu machen, das läuft in diese Richtung. Die Chinesen sind schon in Europa angekommen, in Osteuropa, aber auch in Deutschland gibt es Probleme in der Wirtschaft bezüglich der Chinesen. China, von Beijing ausgehend, ist kein Partner für Russland. Wenn, dann ist Russland für China ein Partner, auf dem Weg, weil China weiß, dass es einen Wettbewerb gibt zwischen den USA einerseits und China und Russland auf der anderen Seite. Aber das ist keine Partnerschaft für die Zukunft! Am Ende sind beide Konkurrenten, und das muss man sehen.

Wir als Polen haben immer Probleme mit Russland gehabt, vielleicht auch, weil wir das anders als Brüssel sehen. Wir sind Mitglied der NATO, wir sind Mitglied der EU, aber wir haben auch eine eigene Politik in Bezug auf Russland. Ich glaube, wir müssten eine gemeinsame EU-Politik in Bezug auf die Entwicklung in Russland haben. Wir haben bezüglich Russlands fast alles ausprobiert: Wir haben Medwedew da gehabt, wir hatten früher Jelzin bei uns und haben viel über diese ganze Entwicklung gesprochen, und das war auch alles positiv und so weiter. Aber vergessen Sie bitte nicht Russland und China, das sind zwei postkommunistische Länder, ich würde sagen, das sind Kommunisten dort in Moskau, also Putin und die ganze Mannschaft von ihm, und die Chinesen sind eine echte kommunistische Supermacht. Nur weil sie über gemeinsame Werte schwadronieren wollen, bedeutet das nicht, dass sie eine Akzeptanz dafür auch bei uns finden werden. Wir müssen sehen, dass es sich um postkommunistische Länder handelt, die auch nach innen kolonialisiert sind. Wenn Sie China sehen, dann handelt es sich zunächst nur um die kommunistische Partei Chinas. Xi Jinping sagt das ganz klar auf dem 19. Parteitag der Kommunisten,

dass China eine Weltmacht werden will und mit den anderen kooperieren muss. Wenn Sie sich die Politik der Chinesen anschauen, werden Sie feststellen, dass China mit der Welt redet und kooperiert, so lange sie selbst nicht stark genug sind. Wenn sie diese Stärke dann erreicht haben, brauchen sie die Kooperation nicht mehr – das ist die Politik von Xi Jinping. Das wiederholt Xi Jinping und redet dabei über Nationalismus und Konfuzius – das alles zusammen ergibt dann ein Bild der chinesischen Nation. In China haben wir aber Tibet, welches okkupiert wird, wir haben Ost-Turkmenistan (Xinjiang), wir haben den Manjurai, die innere Mongolei. Das ist alles nichts ‚Chinesisches‘, also Entschuldigung, das ist etwas anderes!

Russland hat das gleiche Problem. Es hat Sibirien, das ist nicht russisch, hat Konflikte im Norden, im Kaukasus und okkupiert seit 2014 einen Teil der Ukraine. Und wie Sie absolut richtig gesagt haben, gibt es diesen Präsidenten in Amerika, der dieses Geschäft nicht versteht, was er da tut, ist eine absolute Katastrophe. Wir Polen haben immer diese harten Sicherheitsgarantien gefordert, also die Atomwaffen und so weiter, weil die Russen auf der anderen Seite so etwas haben, also müssen wir

diese Garantien haben. Wissen Sie, wir würden wahrscheinlich mit den Amerikanern nicht so eng in Verbindung stehen, wenn wir solche Politik in Europa hätten, also ein starkes Europa, und dieses Europa gibt es nicht. In der EU gibt es keine gemeinsamen Strategien in Bezug auf Russland, und da kommen die beiden, die Russen und Chinesen, und spielen uns auseinander. Das ist unsere Schwäche! Wir müssen nach so vielen Jahren und so vielen Erfahrungen daran denken, warum diese EU entstanden ist, warum die NATO entstanden ist. Wir müssen definieren, was die Fundamente für unsere Zusammenarbeit ausmacht, die Werte und die Demokratie. Das ist das Wichtigste, das ist unsere Stärke, weil wir keine militärische Macht sind.

Wolfgang Rudischhauser:

Vielen Dank, Herr Prof. Miszczak. Wenn ich das richtig verstehe, lautet Ihr Plädoyer, dass wir uns zunächst einmal darauf verständigen müssen, was wir als EU gemeinsam gegenüber Russland und China tun wollen. Kann es helfen, wenn Deutschland und Polen enger, als sie es im Moment tun, zusammenarbeiten in Brüssel, in Europa? Wenn ja, was wären Ihre konkreten Vorschläge, wie wir das ausdefinieren können?

Professor Dr. Krzysztof Miszczak:

Absolut! Die heutige politische Lage ist in Polen so, wie sie ist. Auf der deutschen Seite ist Polen auch mit einer Art pro-russischem Kurs konfrontiert, aber wie Sie richtig gesagt haben, wollen wir zusammenarbeiten. Ich glaube, innerhalb der deutsch-polnischen Zusammenarbeit stehen wir als Polen als Frontstaat an der Seite, mit eigenen Erfahrungen bezüglich Russland. Wir haben diese ganze Geschichte, ebenso wie Deutschland. Die Argumente, dass wir den Deutschen irgendwie bei dieser Wiedervereinigung geholfen hätten... lassen wir das! Für uns Polen war es immer wichtig, eine Demokratie im Westen zu haben, da eine Demokratie im Osten unmöglich ist. Deswegen haben wir auch diese strategischen Beziehungen zur Ukraine entwickelt. Wir haben immer gesagt, dass die Ukraine aus einem einfachen Grund so wichtig ist: Wenn sie nicht zu den Russen gehören, weil die eigentliche russische Kultur und Tradition eigentlich aus der Ukraine stammt, dann wird Russland auch keine Supermacht. Russland war nicht im Stande, über X-Jahre hinweg die eigene wirtschaftliche Weiterentwicklung durchzuführen. Dort ist eine Oligarchie an der Macht, nicht die Bevölkerung!

Wenn wir Polen an Russland denken, dann denken wir nicht an die ‚common people‘, an die einfachen Menschen. Wir denken nicht an die armen Russen, die teilweise nichts zu essen haben. Russland heute, da ist Moskau oder vielleicht noch Leningrad – aber wenn Sie dort in die Provinz fahren, da sind sie quasi in der Dritten Welt. Das geht einfach nicht! Putin ist nicht nur eine Gefahr für uns als Europäer, er ist auch eine Gefahr für die eigene Bevölkerung. Das ist das Schlimmste! Ich kann mir kaum vorstellen, mit solchen Leuten wie Putin ins Gespräch zu kommen! Worüber sollte ich mit diesem Putin oder einem Xi Jinping reden, wenn sie nur eigene Interessen im Kopf haben und diese realisieren wollen? Danke.

Wolfgang Rudischhauser:

Vielen Dank. Herr Prof. Baberowski, wenn ich das richtig verstanden habe, dann lautete eine Ihrer Thesen, dass Russlands Politik auch dahingehend verstanden werden muss, dass sich Russland selber schwach fühlt und auf der internationalen Ebene stärker werden möchte, insbesondere im Verhältnis zu China und den USA. Herr Prof. Baberowski, Sie haben in einem Interview im April 2014, kurz nach den Ereignissen auf der Krim, dem Westen Europas und

den USA vorgeworfen, das sowjetische Imperium und die Rolle der Ukraine als, ich zitiere, „mythischen Geburtsort Russlands“ nicht verstanden zu haben. Nicht nur die Krim, sondern auch die Gebiete im Osten der Ukraine sollten sich abspalten dürfen, wie die Slowakei von Tschechien, oder eine Autonomie wie Südtirol – und vielleicht muss man heute noch hinzufügen wie Katalonien – bekommen. Würden Sie dies auch heute noch unterschreiben? Ist es wirklich so, dass wir Russland und seine Geschichte bis heute nicht verstehen? Ist die Westverschiebung, wenn ich das so ausdrücken darf, Polens nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Gründe, warum die Ukraine innerlich heute so gespalten ist?

Professor Dr. Jörg Baberowski:

Ich glaube, dass es wirklich zentral ist, dass Politiker mit anderen Politikern aus anderen Ländern in ein Gespräch kommen wollen und es ja auch müssen – es gibt ja gar keine Wahl, man muss sich auch mit Diktatoren unterhalten, sonst müsste man die Türkei ja aus der NATO ausschließen, das tut man ja auch nicht. Es ist also wichtig, dass man in ein Gespräch kommt. In ein Gespräch über Probleme kann man aber nur kommen, wenn man hin

und wieder einen Atlas aufschlägt und sich der eigenen Möglichkeiten bewusst wird. Ich war jetzt gerade in Georgien und Armenien. Im Unterschied zu Georgien hat die armenische Regierung begriffen, dass Möglichkeiten auch von der geographischen Lage und Größe eines Landes abhängen. Man muss sich aus dem Kopf schlagen, dass Georgien in die EU aufgenommen wird oder die NATO auf der Seite Georgiens Krieg gegen Russland führt. Daraus ergeben sich wiederum Konsequenzen für die Beziehungen des Landes zu Russland.

Man muss auch begreifen, dass Menschen – und Politiker sind auch Menschen – an einem Ort sind. Von diesem Ort aus sehen sie die Welt. Dieser Ort ist kulturell geprägt, Menschen haben eine Geschichte, und sie kommen irgendwo her, sie haben Erfahrungen gemacht. Man ist nicht voraussetzungslos in der Welt. Wenn man etwas verstehen will, dann muss man sich mit den Prämissen auseinandersetzen, die einer Perspektive einen Grund gegeben haben. Sie müssen einem gar nicht gefallen, aber man hat mehr Erfolg in der Politik, wenn man die Perspektive des Anderen einmal einnimmt und sich fragt, warum der Andere manches anders macht.

In Russland stellt man sich Europa als einen Verbund von Nationalstaaten vor, so wie auch in Polen über Europa in den Kategorien von Nationalstaatlichkeit geurteilt wird. In Deutschland aber gilt Europa als supranationaler Zusammenhang. Beide Seiten müssen begreifen, dass sie die gleichen Begriffe benutzen, aber unterschiedliches darunter verstehen.

Was gilt es zu verstehen? Die Sowjetunion war nicht identisch mit Russland. Sie war auch kein Kolonialreich, in dem die Russen anderen vorgeschrieben haben, was sie zu tun und zu lassen haben. Die Sowjetunion war kein russisches, sondern ein bolschewistisches, sowjetisches Projekt. Ein Projekt aller Völker der Sowjetunion. Deshalb ist es auch so schwierig, die Vergangenheit aufzuarbeiten, denn unter den Tätern und den Opfern waren Angehörige aller Völker der Sowjetunion. Stalin war kein Russe, er war Georgier – das wird ja manchmal vergessen. Die Sowjetunion war kein Nationalstaat, sie war ein Vielvölkerimperium. Dieses Vielvölkerimperium war aber in Nationen organisiert. Das ist ja sehr ungewöhnlich, dass ausgerechnet Marxisten auf die Idee kommen, dass man Menschen nicht nach sozialen, sondern nach

ethnischen Kriterien kategorisieren müsse. Jeder hatte den „fünften Punkt“ in seinem Pass, der seine Nationalität auswies, und dennoch war jeder auch ein Bürger der Sowjetunion. 1991 ist die Sowjetunion, die baltischen Republiken sind eine Ausnahme, nicht an einer Rebellion zugrunde gegangen. Sie ist von oben aufgelöst worden – auch das ist eine Wahrheit, die in den postsovjetschen Republiken nicht erzählt wird, weil man dort lieber vom nationalen Befreiungskampf und der Wiederauferstehung der Nation spricht. Die Bolschewiki haben mit der Gründung von nationalen Republiken und Hauptstädten die Nationen überhaupt erst geschaffen, die sich dann von der Sowjetunion trennten. Das Nationenprojekt war ein bolschewistisches Projekt, an dem alle Kommunisten aus allen Republiken beteiligt waren. Deshalb spricht man in Russland wie in Georgien und Armenien auf ganz ähnliche Weise über die Nation.

Als die Sowjetunion zerfiel, wurden Millionen von Menschen in ihrem eigenen Land zu Ausländern. Heute waren sie noch Sowjetbürger, morgen wurden sie zu Ausländern. Der sowjetische Pass war nichts mehr wert, und die nationalen Regierungen verlangten von solchen

„Ausländern“, sich ihnen zu unterwerfen. Die Russen in Estland mussten sich anpassen, sie sollten jetzt aufhören, Sowjetbürger zu sein. Das fällt allen Menschen schwer! Politik kann schnell reagieren, Kultur aber ist zäh, und es dauert lange, bis sich Menschen auf neue Umstände einstellen. Es gab Millionen von multiethnischen Ehen, Ukrainer, die mit Russen verheiratet waren – auch das ist eine Realität gewesen. Es gab den ‚Sowjetmenschen‘ tatsächlich. Die Vorstellung, die Sowjetunion sei nur ein Ort des nationalen Zwistes gewesen, ist einfach falsch.

Nachdem das Imperium zusammengefallen war, wurde Russland der Rechtsnachfolger der alten Sowjetunion. Als der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien ausbrach, als Georgien Südossetien angriff und in verschiedenen zentralasiatischen Regionen Unruhen ausbrachen, musste Russland die Schiedsrichterfunktion wahrnehmen, so wie es in der Sowjetunion Brauch gewesen war. In Zentralasien und im Kaukasus hatte die alte Sowjetmacht auch eine friedensstiftende Funktion, die Pax Sovietica gab es tatsächlich. Ein Imperium kann sich nicht aussuchen, was es tun will, sondern es tut das, was von ihm verlangt wird. Wir schauen auf die Landkarte und

begreifen die Chancen und Grenzen von Möglichkeiten. Russland ist für Armenien, für die zentralasiatischen Republiken auch ein Verbündeter, ob wir das nun mögen oder nicht. In fast allen Republiken sind immer noch die alten kommunistischen Funktionäre an der Macht – auch in der Ukraine, in Usbekistan gibt es sie noch. Manche Präsidenten waren vorher im Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion! Später inszenierten sie sich als nationale Heilsbringer. Die Kultur des Politischen, die sich in autoritären Ordnungen entwickelt, verschwindet nicht von heute auf morgen. Auch waren die 90er Jahre unter Jelzin keine Zeit demokratischer Reformen. Das war eine Zeit, in der Mafiapaten, Banden und Oligarchen das Land nach Belieben beherrschten und ausplünderten. Zehntausende Menschen sind in den Bandenkriegen und ethnischen Auseinandersetzungen ums Leben gekommen. Von Demokratie konnte wirklich keine Rede sein: Man wählt, aber am Ende bewirkt man nichts, weil Kandidaten gekauft und Wahlen manipuliert werden. Der Lebensstandard sank dramatisch ab, und die Menschen fühlten sich erniedrigt und gedemütigt. Ich bin in den 90er Jahren dort gewesen, jedes Jahr. Ich habe 1991, als die Sowjet-

union zusammenbrach, in Leningrad gelebt. Es war elendig, es war erbärmlich. Die Menschen erinnern sich daran, dass ihnen eingeredet wurde, sie lebten in der besten aller Welten, und dennoch brach alles um sie herum zusammen. So hatten sie sich die Demokratie nicht vorgestellt, so sollte die nicht sein. Seither ist die Demokratie als Staatsform in Russland diskreditiert.

Mit Putin und seinem Regime verbinden die meisten Russen Stabilität, Erwartungssicherheit und Ordnung. Das tun auch jene, die Putin nicht mögen. Niemand versteht im Westen, dass Menschen die Erfahrungen machen konnten, dass sich ihre Freiheitsspielräume in der autoritären Ordnung erweiterten. Man kann auf die Straße gehen, ohne sich vor Kriminellen fürchten zu müssen, man kann reisen, einen bescheidenen Wohlstand genießen. Viele Menschen konnten in den 1990er Jahren nicht einmal ihren „Mikrorajon“ verlassen, weil sie kein Geld hatten und Naturalwirtschaft betreiben mussten. Ältere Menschen, die all das erlebt haben, auch in Kasachstan, in Usbekistan, erlebten nach dem Ende der Anarchie, dass die autoritäre Ordnung ihre Möglichkeiten erweiterte, nicht begrenzte. Es kommt also immer darauf an, was man vorher hatte.

Die Demokratie des Westens ist offenbar gar kein Maßstab, an dem zu bemessen wäre, wie Menschen sich zu einer Ordnung verhalten. Wir aber glauben, dass unsere Lebenswelt der Maßstab sei, an dem sich alles bemessen lassen müsse. Die Ehe für alle ist, mit Verlaub, in Russland kein Thema, das irgendjemanden interessiert! Die Lebensumstände der Menschen in Russland haben sich verbessert, viele empfinden es so, nach allem, was sie in den Jahrzehnten zuvor über sich ergehen lassen mussten. Aus unserer Perspektive mag dieses Leben nicht schön sein. Aber wir leben auch nicht dort. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn man im Westen begreifen könnte, dass es für viele Russen auch gute Gründe gibt, die Ordnung Putins zu unterstützen. Was sind denn die Alternativen? Aus freien Wahlen würden die Liberalen nicht als Sieger hervorgehen. Darüber könnte man vielleicht doch einmal nachdenken.

Wolfgang Rudischhauser.

Vielen Dank, Herr Prof. Baberowski. Ein interessantes Plädoyer für ein besseres Verständnis für Russland. Sie haben die baltischen Staaten kurz angesprochen und diese von den anderen abgehoben. Wie würden denn die baltischen Staaten reagieren, wenn wir mit Russland eine Annä-

herung finden würden? Würden die das als Vertrauensbruch empfinden, oder würden sie verstehen, dass wir Russland als Spieler in der Region anerkennen müssen, um überhaupt weiter zu kommen?

Professor Dr. Jörg Baberowski:

Natürlich würden die baltischen Staaten das so verstehen, und sie haben gute Gründe, extrem empfindlich darauf zu reagieren. Sie sind Opfer gewesen, genau wie Polen Opfer zweier mörderischer Diktaturen gewesen ist. Der stalinistischen Diktatur und der nationalsozialistischen Diktatur. Dass man in diesen Länder misstrauisch gegenüber allem ist, was Deutschland mit Russland verabredet, ist völlig klar. Es gab in den baltischen Republiken den politischen Willen, aus der Sowjetunion auszutreten, weil die Okkupation des Jahres 1940 noch in Erinnerung war. Ich habe in den 90er Jahren aber selbst erlebt, dass die russischen Eliten sich für die Unabhängigkeit dieser Republiken einsetzten, obwohl es dort eine russische Minorität gab. Es war keinesfalls so, dass die Unabhängigkeitsbestrebungen in Russland abgelehnt wurden. Auch in Russland gab es in den 1990er Jahren eine Renaissance des Nationalen, weil viele Menschen glaubten,

dass die nationale Selbstständigkeit ein Fortschritt sei, nach allem, was der Sozialismus und das Imperium angerichtet hatten. Man muss sich einfach nur klar machen, dass Russland zwar Einfluss im postsozialistischen Raum haben möchte, aber überhaupt kein Interesse daran hat, die baltischen Republiken zu erobern oder ihre Unabhängigkeit in Frage zu stellen. Russland wäre militärisch und finanziell gar nicht in der Lage, das alte Imperium wiederzubeleben, und es gäbe dafür auch keine Unterstützung in der Elite mehr. Russland hat sich doch längst damit abgefunden, dass es unabhängige baltische Staaten gibt. Die russischen Bewohner in den baltischen Republiken sind EU-Bürger, was wollen die denn in Russland? Und dennoch muss auch die russische Regierung lernen, eine Sprache zu finden, die im Baltikum und in den europäischen Staaten nicht auf Unverständnis und Ablehnung stößt, unangenehme Erinnerungen weckt. Es geht um rhetorische Abrüstung auf beiden Seiten. Voraussetzung aber ist, dass man verstanden hat, worauf der andere hinauswill und warum er anders handelt als man selbst. Wer nicht verstehen will, wird es in der Politik zu nichts bringen.

Wolfgang Rudischhauser:

Vielen Dank. Damit kommen wir zu Frau Dr. Klein, und das war auch eine gute Überleitung, denn mit ihr wollte ich etwas mehr über das Verhältnis von NATO und Russland sprechen, und das Motto „verbale

es nur ganz begrenzte Fortschritte bei Transparenzmaßnahmen, bei der Verhinderung von gefährlichen Begegnungen zu See und zu Luft. Da, wo es wirklich an den Kern geht, auch wo Russland gefragt ist, wie bei der Modernisierung des Wiener

„Mir scheint es so, dass in Russland momentan eine Phase der strategischen Neubewertung und des Nachdenkens über die russische Außenpolitik stattfindet.“

Dr. Margarete Klein

Abrüstung“ ist da ein sehr gutes. Sie haben 2015 über das zerrüttete Verhältnis zwischen NATO und Russland geschrieben und den Weg einer pragmatischen Partnerschaft empfohlen, ohne Aufgabe des normativen Acquis der Charta von Paris. Es hat inzwischen eine ganze Reihe von Diskussionen im NATO-Russland-Rat gegeben, zuletzt letzte Woche. Ich war selber bei einigen dieser Diskussionen, dieser Gespräche dabei. Ich kann nur sagen, in aller Regel war das ein Austausch bekannter Positionen, es war eigentlich kein Dialog. Wenn überhaupt, dann gab

Dokuments, beim INF-Vertrag oder bei der Frage großer Manöver, gab es jedenfalls – soweit ich das verfolgen konnte – keinerlei Bewegung auf russischer Seite. Ich würde gerne einmal von Ihnen hören, ob Sie eine Chance sehen, dass wir zu einer pragmatischen Partnerschaft kommen. Außerdem haben Sie eine Reihe von grauen Schwänen in der russischen Außenpolitik identifiziert, nämlich in einer Publikation in 2016. Mich würde interessieren, wohin sich, aus Ihrer Sicht, die russische Außenpolitik bewegt, und da kommen wir dann zurück auf das, was Herr Erler

am Anfang gesagt hat, das Verhältnis Russlands zu China und Russlands Politik in Asien generell.

Dr. Margarete Klein:

Vielen Dank. Wir haben ja 2014 irgendwo das Ende einer Vision gesehen. Die Vision, dass es eine strategische Partnerschaft zwischen Russland und der NATO geben kann, die man 2010 formuliert hat. Was heißt, dass es mehr als nur Einzelinteressen gibt, sondern eine belastbare Basis an gemeinsamen Interessen, plus eine gemeinsame Vision und vielleicht auch noch gemeinsame Werte, die ja beide einstmals 1990 in der Charta von Paris niedergeschrieben haben. Wir haben gesehen, dass das letztendlich gescheitert ist und wir jetzt im Moment in der tiefsten Krise sind. Das ist nicht unbedingt nur die Summe von Einzelkonflikten, sondern wirklich die Folge eines grundlegenden ordnungspolitischen Konfliktes darüber, wie die Ordnung in Europa im Allgemeinen und ganz konkret und viel spezieller und zugespitzter im postsowjetischen Raum aussehen soll. Das alles ist letztendlich die Folge davon, dass wir keine kooperative Sicherheitsordnung mit Russland zusammen entwickelt haben und mit den Staaten dazwischen.

Das würde bedeuten, dass man Institutionen hat, die sowohl inklusiv sind, also alle Staaten inkludieren, und zugleich aber effektiv sind. Wir haben zwar die OSZE, der alle Staaten angehören, die aber nur bedingt effektiv ist. Wir haben die NATO und die Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit, die zum Teil effektiv sind, bei der NATO mehr, bei der OVKS weniger, aber die nicht inklusiv sind. Zweitens haben wir ein mangelndes Vertrauen, das noch verstärkt wird dadurch, dass die Regime, die wir in den 90er Jahren und vorher aufgebaut hatten, im Moment in einer Sackgasse sind oder sogar am Erodieren sind. Wenn wir an konventionelle Rüstungskontrolle denken, wenn wir an den INF-Vertrag denken, wenn wir daran denken, dass für taktische Nuklearwaffen noch überhaupt gar keine Transparenzmaßnahmen gelten. Drittens haben wir das Problem, dass wir eigentlich keine gemeinsamen Werte haben jenseits von rhetorischen Beschwörungen.

Wir haben gesehen, dass Russland in den 1990er Jahren bis heute eigentlich mehr oder weniger drei Wege beschritten hat, um mit diesem Problem umzugehen: Das erste war in den 1990ern der Versuch, die OSZE zu stärken, was daran

gescheitert ist, dass die OSZE auf russischer, amerikanischer und europäischer Seite unterschiedlich verstanden wird. Im russischen Verhältnis primär als hard power, also klassische Sicherheitspolitik, gerade im amerikanischen Verhältnis viel stärker in einer humanitären Dimension, bspw. zur Wahlbeobachtung. Der zweite Versuch Russlands war dann 2008 mit dem Medwedew-Vorschlag eines gemeinsamen Sicherheitsvertrages. Der Vertragsentwurf, den die russische Seite vorgelegt hat, war unwahrscheinlich schwammig, fluide und eigentlich nicht umsetzbar. Dennoch ist er vielleicht ein Teil einer verpassten Chance, den Dialog zu suchen und auszuloten, wo die Grenzen der russischen Kompromissbereitschaft sind. Wohlwissend, dass in so einem top-down-Approach, den die Russen vorschlagen, also von ganz oben nach unten einmal alles durchdeklinieren, wir nicht wirklich auf einen gemeinsamen Nenner kommen, da unser Ansatz viel stärker von unten nach oben funktioniert – vielleicht dennoch eine vertane Chance.

Der dritte Punkt, also was man jetzt versucht, ist eine klare Politik der Stärke, die ganz einfach militärisch rote Linien zieht, die wir nicht wirk-

lich überschreiten können, ohne in eine militärische Eskalation zu gehen. Man kann jetzt viel die Frage stellen, wo unsere eigenen Fehler waren, einen Punkt habe ich ja bereits kurz angesprochen. Vieles liegt natürlich in der inner-russischen Entwicklung selbst. In einem System, das bis zur Wirtschaftskrise auf wirtschaftliche Performanz ausgerichtet war. Wirtschaftlich geht es den Leuten besser, das ist ja auch gerade beschrieben worden, woraus sich dann die Legitimität des Systems ergibt. Dieser wirtschaftliche Erfolg ist in den letzten Jahren in gewissen Bereichen weggebrochen, und das hat bedingt, dass man einen innenpolitischen Schwenk hin zu außenpolitischer Größe macht als Legitimationsressource im Inneren. Das hat mit zu dieser eher aggressiveren Außenpolitik beigetragen. Zusätzlich wird der Westen viel umfassender als Bedrohung wahrgenommen, als es früher der Fall war. Früher ging es um die NATO und die harten Fragen der Sicherheit, die militärisch gesehen als Bedrohung wahrgenommen wurden. Mit der EU-Erweiterungspolitik und mit den farbigen Revolutionen sind innere und äußere Dimensionen von Sicherheit so miteinander verwoben worden, dass der Westen eine viel umfassendere Gefahr ist.

Nämlich, dass selbst so etwas wie eine farbige Revolution als grundlegende Bedrohung der eigenen Sicherheit, des eigenen Regimes im Überleben in Russland wahrgenommen worden ist. Das alles hat zu dieser Situation geführt, in der wir im Moment eigentlich sind.

Es sind letztendlich in dieser Debatte – ich vereinfache hier etwas – mehr oder weniger drei große Handlungsoptionen aufgezeigt worden: Erstens „Eindämmung, Abschreckung“, also das Ziehen einer ganz klaren Linie ausgehend davon, dass Russland letztendlich nur die Politik der Stärke versteht, weil Russland selbst nur aus dieser Politik heraus argumentiert. Dass wir abschrecken können, hat Sinn, wenn wir an die NATO denken, aber für die Länder dazwischen, die nicht Teil der NATO sind, wird so eine Art der Abschreckung und Eindämmung letztendlich keinen Sicherheitsgewinn bringen. Was zweitens diskutiert wurde, ist das, was Sie in Russland immer wieder hören unter „Jalta 2.0“ oder „friedliche Ko-Existenz“. Was heißt, dass man den Konflikt nicht überwinden kann, aber man kann ihn einhegen dadurch, dass man letztendlich Einflusszonen anerkennt. Dieses Konzept der Einflusszonen ist für

uns als Europa normativ nicht akzeptabel, auch wenn man vielleicht in der Vergangenheit darüber hätte nachdenken können, inwieweit man gemeinsam Sicherheitsgarantien für die Länder ‚dazwischen‘ gibt. Spätestens als Russland die mit dem Budapester Memorandum eigentlich selbst gegebenen Sicherheitsgarantien zerstört hat, war dieser Weg des Vertrauens eigentlich vorbei. Die dritte Idee ist eine Art Mischform aus Rückversicherungen durch die NATO und zugleich dem Versuch, für die Länder dazwischen Anbindungsprogramme zu gestalten, ohne sie direkt vor die Wahl zu stellen, sowie Vertrauen zu schaffen durch klassische, einfache Schritte von unten nach oben. Außerdem im vierten pragmatische Kooperation, da wo es geht, wohlwissend, dass es sehr schwierig umzusetzen sein wird. Beispielsweise in Syrien, Iran oder Nordkorea, wo ja auf der rhetorischen Ebene sehr viele gemeinsame Interessen sind, aber wenn es darum geht, überhaupt bestimmte Begrifflichkeiten zu definieren, dann brechen die Konflikte auf. So bei der Frage, wer überhaupt ein „Terrorist“ in Syrien ist, oder was heißt den „Nordkorea-Konflikt stabilisieren“? Das sind also so die Punkte, die mit der Idee der prag-

matischen Kooperation, weniger Partnerschaft, ausgemacht waren.

Zur zweiten Frage „graue Schwäne – wo geht es hin?“. Mir scheint es so, dass in Russland momentan eine Phase der strategischen Neubewertung und des Nachdenkens über die russische Außenpolitik stattfindet. In den letzten Jahren lief da einiges nicht so, wie Russlands Führung das eigentlich gedacht hatte. Das erste ist das Verhältnis zu den USA, das vor einem Jahr noch als eine Art taktischer Gewinn gefeiert worden ist und sich innerhalb eines Jahres als strategisches Desaster erwiesen hat. Die Frage, wie man mit so einem unberechenbaren Partner umgeht, wenn man selbst wie Putin mit Unberechenbarkeit strategisch spielt und da dann auf der anderen Seite jemand ist, der aus ganz anderen Gründen unberechenbar ist. Für die russische Führung ist das ein durchaus anspruchsvolles strategisches Umfeld!

Das zweite bezieht sich auf China. Auf der rhetorischen Ebene sind es einwandfreie Beziehungen, die besten, die es jemals gab, auch zum Stichwort strategische Partnerschaft. Wenn man aber die Asymmetrien in den Erwartungen und die Machtgefälle ansieht, dann

ist das für Russland perspektivisch gesehen die größere Herausforderung als Europa, weil China viel weniger berechenbar ist. Das Handelsvolumen zwischen Russland und China ist beispielsweise drastisch gestiegen, aber gleichzeitig hat sich die Handelsstruktur zu Ungunsten Russlands entwickelt. Während Russland Anfang der 1990er Jahre Fertigprodukte exportierte, exportiert man jetzt in erster Linie Rohstoffe, nicht einmal halbfertige Sachen, und importiert hingegen Fertigprodukte. Russland exportiert Öl und Gas nach China, ist aber gleichzeitig abhängig, da sich die Pipeline so fügt, dass China als Hauptabnehmer fungiert, während China gleichzeitig die Importe diversifiziert. Wie will man da Modernisierungsimpulse setzen und auf gleicher Augenhöhe wahrgenommen werden? Jenseits dessen, dass die chinesische Führung ganz wunderbar darin ist, Russland das Gefühl zu geben, dass es sich um eine gleiche Augenhöhe handelt, aber allein von den Fähigkeiten her, ist es das schon längst nicht mehr. Noch ein letzter Satz: Eine Neubewertung vielleicht auch in Bezug auf Europa, weil dieser Diskurs in Russland, dass Europa im ‚Decline‘, im Abschwächen ist, sich innerlich zerlegt und als Machtfaktor nicht

mehr existent ist, hat sich in den letzten Jahren eigentlich als falsch erwiesen. Die Europäische Union ist letztendlich zäher und stärker, als sie vielleicht vor zwei, drei Jahren gewirkt hat. Russland wird nun mit einem Europa umzugehen haben, das sich nicht so leicht spalten lässt, wie man vielleicht vor zwei Jahren noch gedacht hat.

Wolfgang Rudischhauser:

Vielen Dank, Frau Dr. Klein. Ich will hier nicht zusammenfassen, das wäre wohl vermessen. Vielleicht bleibt am Ende die Frage, die wir auch im nächsten Panel noch einmal etwas beleuchten müssen, ob der Pivot to Asia von Russland – wenn es ihn denn gibt – und mit ihm der Verlust von russischem Einfluss in Asien auch ein wichtiger Erklärungsfaktor für das aggressivere Auftreten im Westen ist. Vielleicht, und damit möchte ich dann zum nächsten Panel überleiten, bietet sich ja – aus meiner Sicht – das gemeinsame Interesse des Westens, Russlands und Chinas darin, mit Nordkorea keine Nuklearmacht entstehen zu lassen, ähnlich wie das beim Iran der Fall war, als eine Möglichkeit, in einen zumindest begrenzten Dialog mit Russland einzutreten, auch über die Interessengegensätze hinweg,

die hier diskutiert wurden. Vielen Dank an die Panelisten!



Foto: R. Hocke; v.l.n.r.: Dr. Rudolf Georg Adam, Rolf Clement, Brigadegeneral Reiner Schwalb, Prof. Dr. Johannes Varwick

Panel 2: Zur Suche einer Strategie des Westens gegenüber Russland

Moderation:

*Rolf Clement, Journalist,
Chefredakteur „Europäische Sicherheit & Technik“*

Teilnehmer:

*Dr. Rudolf Georg Adam,
ehem. Gesandter an der
Deutschen Botschaft in Moskau*

*Brigadegeneral Reiner Schwalb,
Verteidigungsattaché an der Deutschen
Botschaft in Moskau*

*Professor Dr. Johannes Varwick,
Lehrstuhl Internationale Beziehungen
und europäische Politik,
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg*

Rolf Clement:

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt den Auftrag, nach einer Strategie des Westens gegenüber Moskau zu suchen, und ich freue mich, dass wir ein Panel haben, mit dem wir sozusagen medias in res reingehen können. Dr. Rudolf Georg Adam ist ein erfahrener Diplomat, den ich in vielen Diskussionen schon als undiplomatisch meinungsfreudig erlebt habe. Er war zweimal in seiner Karriere in Moskau, als politischer Referent an der Botschaft und später als Gesandter. Er war Redenschreiber bei Bundespräsident Richard von Weizsäcker, war verantwortlich für die Grundsätze der deutschen Abrüstungspolitik im Auswärtigen Amt und auch im Planungsstab. Er war außerdem Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik – ich freue mich, dass wir uns heute hier wieder treffen und miteinander diskutieren können. Brigadegeneral Reiner Schwalb ist Verteidigungsattaché der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, und das schon relativ lange, seit 2011. Er ist also mittendrin in der praktischen Ausgestaltung der deutschen Russlandpolitik. Er ist Infanterist, hat sich in der NATO um Transformation gekümmert und in der Bundeswehr um Einsatzplanung und Durchführung. Er ist

Bauingenieur und Politologe, eine Mischung, die ich auch sehr pfiffig finde. Mal gucken, was wir da in dieser Diskussion erfahren. Johannes Varwick ist Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg, auch ihn habe ich öfter getroffen, etwa bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, bei der NATO, auf vielen Kongressen. Er ist viel gewandert durch viele Aufgaben und Stellen in Europa und den USA, und er ist stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für Sicherheitspolitik. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Herr Adam, „Russland verstehen“, das steht über dieser Veranstaltung heute. Wenn wir Russland verstehen, wenn wir Putin verstehen – welche Handlungsoptionen haben wir dann eigentlich?

Dr. Rudolf Georg Adam:

Ich wollte noch einmal etwas zu dem Wort ‚verstehen‘ sagen. Wenn man in Deutschland von einem ‚Russland-Versteher‘ spricht, dann hat das den Anschein, als wenn man ein ‚Softie‘ wäre. Ich würde gerade im Gegenteil sagen, dass man gerade einen Gegner am besten verstehen muss. Einem Freund kann man das ein

oder andere nachsehen, aber einen Gegner, vor allem am Schachbrett, in der Diplomatie oder im Militär, den muss man ganz genau verstehen. Insofern würde ich sagen, das muss gehen. Die Frage ist nur: Wie geht es.

Ich würde gerne drei Daten sagen: In einer Woche feiern wir beziehungsweise die Russen Oktoberrevolution. Sehr, sehr low key. Es hat mich sehr gewundert, der Gesamtetat dafür beläuft sich auf weniger als eine Million Dollar. Hier möchte ich auf Herrn Baberowski zurückkommen: Ich glaube schon, dass die Oktoberrevolution etwas sehr Russisches war, aber gerade im Rückblick auf die Sowjetzeit, die durch die Oktoberrevolution ausgelöst worden ist, sehen wir Kontinuitätselemente, trotz aller Umbrüche – trotz 1917, trotz 1990. Ich habe schon vor mehreren Jahren gesagt, dass ich immer noch auf denjenigen warte, der einmal diese Kontinuitätslinien der russischen Geschichte herausarbeitet. Ich glaube, sehr viel von dem, was sich heutzutage in Moskau abspielt, versteht man sehr viel besser, wenn man weiß, was sich vor 100 Jahren in Moskau abgespielt hat.

Das zweite Datum, der nächste März. Da wird Putin wahrscheinlich zum vierten Mal Präsident, also zum fünf-

ten Mal zum Machthaber Russlands. Seine Amtszeit wird bis 2024 gehen. The good news is: Dann wird er 72 Jahre alt sein. The bad news is: Adenauer war 73 als er Kanzler wurde, und war dann nochmal 14 Jahre lang Kanzler. Ich glaube nicht, dass Putin, obwohl er körperlich in einer besseren Verfassung ist als Adenauer, noch einmal 14 Jahre durchhält. Das wäre dann das Jahr 2038. Ich glaube, dass wir ab etwa 2025 bis etwa 2035/40 einen weiteren großen Umbruch erleben werden – einen Generationswechsel. Diejenigen, die nicht mehr in der Sowjetunion großgeworden sind, werden dann in die Führungspositionen kommen. Wenn Putin am Lagerfeuer sitzt, dann singt er noch die alten Komsomol-Lieder. Die neuen Leute sind ganz anders aufgewachsen, auch ganz anders sozialisiert und haben auch ganz andere Erwartungen. Insofern bin ich da verhalten optimistisch. Ich glaube, in unserem Blick auf Russland sollten wir eine Dynamik entwickeln. Wir sollten nicht auf die gegenwärtigen Probleme schauen, sondern wir sollten auf die dynamischen Entwicklungslinien schauen. Wir sollten versuchen, diese zu analysieren und eventuell dort das eine oder andere zu beeinflussen.

Rolf Clement:

Vielen Dank. Herr Schwalb, der Punkt Sprache ist gerade eben schon angesprochen worden. Sie sind nun an der diplomatischen Front in Moskau, ist das so, dass man auch Ihnen in den Verhandlungen mit sehr deutlichen Worten begegnet, manchmal auch mit Polemik? Wie reagieren Sie darauf? Fordern Sie da erstmal rhetorische Abrüstung oder geben Sie das in gleicher Münze zurück, was ja auch ein Mittel der Wahl sein kann? Ist es so, wie wir von Herrn Erler gehört haben, dass, wenn dann mal etwas vereinbart ist, die Bestandskraft dieser Vereinbarungen nicht so lange hält?

Brigadegeneral Reiner Schwalb:

Damit kommen Sie eigentlich genau zu dem Punkt, was ein Militärattaché eigentlich macht – und was kann er zu dieser Diskussion beitragen. Ich meine, in einer hochrangigen Diskussion von Wissenschaftlern und erfahrenen Politikern, da kann ein Infanterist eigentlich nur beitragen, was er tatsächlich vor Ort erlebt, und darauf zielen Sie ja ab. Was erlebe ich also vor Ort? Ich lege immer Wert darauf, wenn ich mit der russischen Seite spreche, und da hatte ich früher sehr viel Gelegenheit, da ich als Ältester

auch Sprecher aller Verteidigungsattachés war, dass ich kein Diplomat bin. Das ist kein Schimpfwort, dass ich kein Diplomat bin, damit Sie mich nicht missverstehen. Ich bin Soldat, und als Soldat sprechen wir Dinge sehr offen an. Das geht bei den Russen, das geht sehr deutlich. Das geht aber nur dann, wenn Sie das hinter verschlossenen Türen machen. Meine persönliche Erfahrung ist, sobald Sie damit an die Öffentlichkeit gehen, verlieren Sie an Glaubwürdigkeit.

Das war einer jener Punkte, die mir innerhalb einer Diskussion deutlich wurden, als mein russischer Gesprächspartner mir sagte: „Wissen Sie, Putin vertraut der Kanzlerin. Er vertraut aber nicht den Amerikanern.“ Er erläuterte das: Der damalige Botschafter McFaul hatte zwar sicherlich gute Ideen, ging aber sofort mit dem, was diskutiert wurde, an die Öffentlichkeit. Was zwischen der Kanzlerin und Putin diskutiert wird, das gehe nicht an die Öffentlichkeit. Zur Frage, ob wir direkt sein können: Ja, wir können sehr direkt sein. Wir müssen versuchen, dabei eine gemeinsame Basis zu finden, auf der wir reden, und diese Basis muss den Fakten entsprechen. In Russland erscheint mir nach meiner begrenzten Er-

fahrung von sechs Jahren in diesem Land wichtig, dass das, was in der Öffentlichkeit gesagt wird, ist nicht die Basis, auf der man reden kann. Man kann nur auf der Basis dessen reden, was man bilateral mit den Russen bespricht. Ich denke, dass der Staatsminister a. D. Erler dort viel mehr Erfahrungen hat, aber das habe ich bei jeder Gelegenheit gesehen. Es wird nicht sofort über Bord geworfen, was man dort bilateral bespricht.

Rolf Clement:

Herr Varwick, es ist früher auch diskutiert worden, dass es zwischen Russland und den anderen Staaten einen Vertrauensverlust gibt. Viele Abkommen werden nicht mehr eingehalten, viele OSZE-Abkommen werden nicht mehr eingehalten, Manöverbeobachtungen werden unterlaufen. Sehen Sie eine Chance in der gegenwärtigen Situation, und wenn ja wie, dass man da wieder zu einer Einhaltung all dessen kommt, was ja schon einmal zäh verhandelt und vereinbart worden ist?

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Wir suchen eine Strategie im Umgang mit Russland. Zunächst muss man erstmal festhalten, dass wir noch keine vernünftige Strategie haben. Wenn wir mit ‚wir‘ den poli-

tischen Westen meinen, dann sehe ich auch eine zunehmend auseinanderfallende Strategie zwischen Europa und den USA, und das macht mir schon Sorgen. Ich möchte vielleicht noch an einem Punkt ganz kurz verdeutlichen, warum wir eine brenzlige Lage haben. Ich glaube, die politische Großwetterlage ist hinreichend beschrieben worden, aber wir haben auch in meiner Einschätzung militärisch eine wirklich brenzlige Lage. Wir haben, um nur ein paar Zahlen zu nennen, eine Verdopplung des russischen Rüstungsetats innerhalb der letzten zehn Jahre auf 70 Mrd. Dollar, die NATO hat 700 Mrd. Dollar dagegen, daher ist die Perspektive relativ, aber wir haben eine rasante Verbesserung der militärischen Fähigkeiten Russlands. Wir haben gleichzeitig die erklärte strategische Unzufriedenheit Russlands mit der bestehenden Ordnung. Russland ist wirklich eine revisionistische Macht geworden und kann das politisch und militärisch jetzt auch spielen.

Die Frage ist, wie man in einer solchen brenzligen Situation zu einer Strategie kommt, die trägt und die die Lage verändert. Da ist meine feste Überzeugung, Frau Klein hatte im Prinzip schon die Punkte genannt, dass wir eine Neujustie-

„Zu der Frage, ob wir direkt sein können: Ja, wir können sehr direkt sein. Wir müssen versuchen, dabei eine gemeinsame Basis zu finden, auf der wir reden, und diese Basis muss den Fakten entsprechen.“

Brigadegeneral Reiner Schwalb

rung zwischen den Extremen der Abschreckung auf der einen Seite, die notwendig und richtig ist, und neuen Kooperationsangeboten brauchen, das heißt auf der Basis einer gesicherten Abschreckungsfähigkeit. Diese ist inzwischen ausreichend demonstriert und ernsthaft wiederhergestellt, auch wenn das Nachrichtenmagazin Der Spiegel da anderes schreibt. Die ist insbesondere auch dadurch wiederhergestellt, dass die Amerikaner es sehr, sehr ernst meinen mit ihrem Teil der Reassurance-Strategie. Wenn Sie sich nur mal angucken, um eine Zahl zu nennen, dass die European-Assurance-Initiative der Amerikaner 5 Mrd. US-Dollar in 2018 umfasst – also eine ganze Stange Geld. Die Amerikaner denken nicht in Bataillonen, sondern in Divisionen. Eine schwere Kampfdi-

vision wird zwar nicht stationiert, aber doch militärisch einsatzfähig gemacht. Das sind Dinge, auf die Russland sehr gut schaut und die in der russischen Wahrnehmung sind. Das heißt, Russland weiß, hoffe ich und denke ich, dass das NATO-Territorium sakrosankt ist.

Gleichzeitig haben wir folgende Lage: eine große Zahl russischer Soldaten in Kaliningrad, nuklearfähige Iskanda-Raketen auch in Kaliningrad, ausgeschaltete Transponder bei Flügen und vieles mehr. Hier können Dinge passieren, die möglicherweise außer Kontrolle geraten. Gleichzeitig haben wir eine Lage, wo die Eskalationsbereitschaft auf russischer Seite deutlich höher ist als auf westlicher Seite. Die westliche Seite hat aus sehr, sehr guten und nachvollziehbaren Gründen,

die ich gar nicht kritisieren will, eine Kriegsmüdigkeit, ein Nicht-bis-zum-Äußersten-Gehen, entwickelt, und bei Russland sieht das, glaube ich, anders aus.

festen Abschreckungsfähigkeit neue Kooperationschancen ausloten, und dazu gehört für mich auch, die Krimfrage zu enttabuisieren. Wer glaubt denn noch daran, dass sich

„Wir sind aus guten Gründen nicht bereit, gegenüber Russland zu eskalieren, und wenn wir das nicht sind, dann müssen wir auf der Basis von Abschreckungsfähigkeit einen neuen politischen Anlauf zur Kooperation mit Russland machen.“

Prof. Dr. Johannes Varwick

Wenn die Lage ungefähr so stimmt, wie ich sie jetzt beschreibe, dann reicht es nicht, dass wir bei „Abschreckung Plus“ stehen bleiben, sondern dann brauchen wir ein neues politisches Kooperationsangebot. Prof. Miszczak hatte gesagt, dass schon alles probiert wurde. Das glaube ich nicht! Wie Frau Dr. Klein gesagt hat, sollten wir durchaus kritisch auf die eigenen Fehler gucken. Medwedew-Plan und die Nicht-Reaktion darauf waren da vielleicht ein Element einer falschen Strategie. Wir sollten also auf der Basis einer

auf der Krim auf längere Sicht, also 30 bis 50 Jahre, noch einmal etwas verändert? Die Krim können wir abhaken, die brauchen wir gar nicht als politische Verhandlungsmasse einrühren – so wenig sympathisch mir das ist. Aber wenn wir von der realpolitischen Lage ausgehen, dass müssen wir angesichts der Gefährlichkeit der Lage auf der Basis fester Abschreckungsfähigkeit ein neues Kooperationsangebot mit Russland versuchen.

Da ist die Krimfrage das eine, aber auch die Frage, Frau Dr. Klein hatte das diplomatisch formuliert, wie man mit dem ‚Zwischenraum‘ umgeht, und die Frage, ob man wieder in Einflussphären denkt, neu zu diskutieren. Nun bin ich der Letzte, der über die Köpfe der Ukrainer, der Moldawier und so weiter, diese Dinge entscheiden will, aber ich bin der Erste, der dafür wirbt, dass wir diesen Staaten klarmachen, dass wir nicht bereit sind, für diese Staaten in den Krieg zu ziehen. Auf dieser Basis brauchen wir ein neues politisches Arrangement, wo auch russische Interessen, wenn sie legitime Interessen sind, besser und anders berücksichtigt werden, als das in der Vergangenheit der Fall war. Ich sage das nicht aus Schleimerei gegenüber Russland oder in der Erwartung, dass man damit schnelle Erfolge haben kann. Ich sage das bewusst in der Philosophie, dass man von seinen Beständen ausgehen muss und nicht von seinen Parolen. Wir sind aus guten Gründen nicht bereit, gegenüber Russland zu eskalieren, und wenn wir das nicht sind, dann müssen wir auf der Basis von Abschreckungsfähigkeit einen neuen politischen Anlauf zur Kooperation mit Russland machen. Das wäre Element einer Strategie, und am besten müssten wir das noch

transatlantisch machen. Wenn ich mir die Unterschiede bei Nordstream 2 oder anderen Sachen anschau, dann sehe ich die transatlantische Strategie und damit die gemeinsame Strategiefähigkeit von Europa und den USA mit Blick auf Russland verloren gehen. Genau das wäre ja auch ein strategisches Ziel der Russen: Veränderung der geopolitischen Lage plus Abkopplung der Amerikaner von Europa. Diesen Fehler sollten wir nicht machen. Das heißt, wir brauchen in diesen Fragen mehr transatlantische Gemeinschaft, auch wenn die Gemeinsamkeit mit Trump im Moment schwierig ist, aber wir müssen daran arbeiten, sowie mehr Pragmatismus mit Russland.

Rolf Clement:

Herr Adam, zu dem, was Herr Varwick gesagt hat, dass wir als Europäer mit den Amerikanern eine gemeinsame Position entwickeln müssen. Wenn ich sowas höre, dann frage ich mich immer, ob wir als Europäer überhaupt eine gemeinsame Position haben – und wenn ja, wie sieht sie aus und wenn nein, wie kriegen wir sie hin?

Dr. Rudolf Georg Adam:

Da ich kein Diplomat mehr bin, sage ich, dass wir Europäer natürlich keine gemeinsame Position haben.

Wenn Sie sich anschauen, wie die Russlandperzeption in Zypern und in Athen aussieht und wie sie in London aussieht, dann ist da eine sehr große Distanz. Ich mache mir ebenso wie Herr Varwick große Sorgen, dass wir zu einer Abkoppelung in der Russlandpolitik zwischen den NATO-Europapartnern und den USA kommen. Vielleicht ist das im Moment noch etwas früh, aber niemand weiß, was aus Trump tatsächlich noch wird. Im Moment deutet aber alles darauf hin, dass die Amerikaner hier eher auf Distanz gehen.

Zu Herrn Varwick nochmal: Die Frage ist: Wie gehen wir mit den Russen um, wenn wir ihnen ein Angebot machen und gleichzeitig Abschreckung praktizieren? Meine Erfahrung, und ich habe als Diplomat mit vielen Russen gesprochen, war immer, dass die meisten russischen offiziellen Gesprächspartner das Gespräch so eröffnen, indem sie einen mit irgendwelchen Vorwürfen in die Defensive bringen. Ich habe diese Vorwürfe sofort re-offensiv zurückgespielt, und dann haben wir gesagt: „So – jetzt haben wir unsere Eröffnungssaldos gemacht, wie gehen wir jetzt vernünftig miteinander um?“ Dann kam man meistens in ein sehr vernünftiges Gespräch,

und hier stimme ich Herrn Schwalb vollkommen zu: hinter geschlossenen Türen! Was in Russland umgesetzt wird, wird von oben nach unten umgesetzt. Wenn wir glauben, mit einer Öffentlichkeitsstrategie Druck auf Putin auszuüben, werden wir keinen Erfolg haben. Der Schlüssel zum Verständnis der russischen Außenpolitik liegt in der russischen Innenpolitik.

Ich würde Herrn Varwick fragen: „Was sind denn die russischen legitimen Interessen? Warum sind sie denn so unzufrieden mit dem Status Quo?“ Manchmal fällt mir das schwer zu verstehen. Allerdings sollten wir nicht nur zu 2008 zurückgehen, sondern wir sollten zu 2000 zurückgehen. Denken Sie an das berühmte Treffen zwischen G.W. Bush und Putin in Ljubljana zurück: „Ich habe das in seinen Augen gesehen, er ist ein ehrlicher Mann!“ Putin war hier im Bundestag und hat eine bejubelte Rede gehalten – und was kam dann? Einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrages, die Ausdehnung der NATO, die Farbrevolutionen. Die Russen haben mehrfach versucht zu sagen: „Kinder, wir wollen da mitreden!“ Sie sind aber eigentlich immer wieder auf die Antwort gestoßen: „Was wollt Ihr, Ihr habt

da gar nichts mehr mitzureden.“ Ich glaube, die Fehler sind in den ersten vier, fünf Jahren Putins begangen worden, zwischen 2000 und 2005, und das hat zu seiner Rede 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz geführt. Der nächste zentrale Punkt war 2012. Was ist 2012 passiert? Putin ist ins Präsidialamt zurückgekehrt, und es hat die größten Massendemonstrationen seit seinem Amtsantritt in Moskau gegeben. Putin hatte Angst. Er hatte Angst, dass so etwas

Wenn man nämlich mit russischen Militärs spricht und sagt, wie denn die NATO überhaupt mit den Panzern, die wir haben, nach Moskau kommen soll, dann nicken die auch irgendwann und sagen: „Naja, es ist schwer vorstellbar“. Trotzdem bleibt die NATO natürlich der Gegner par excellence. Auch aus dem Grund, dass die Rüstungsindustrie der einzige Industriezweig ist, der wirklich innovativ und produktiv arbeitet – zwar nicht besonders kosteneffizi-

„Wollen wir Sicherheit *mit* oder *vor* Russland?“

Brigadegeneral Reiner Schwalb

wie der Maidan in Russland passieren könnte. Was ist seitdem passiert? Die Gesetzgebung gegenüber ausländischen Nichtregierungsorganisationen ist verschärft worden, sie müssen sich als ausländische Agenten registrieren lassen. Insgesamt macht die Betonung der russischen Wehrfähigkeit nur Sinn, wenn man anerkennt, dass die russische Führung sich momentan selbst als relativ verwundbar betrachtet. Deswegen diese Angst-Reaktionen, diese übermäßige Betonung der Sicherheitsorgane, der militärischen Abwehrfähigkeit.

ent, weil der Staat der Auftraggeber ist und nach wie vor im gesamten Wirtschaftsleben eine dominierende Rolle spielt, mit gutem Erfolg in der Rüstung und katastrophalen Ergebnissen in der Zivilindustrie. Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich noch an Skolkowo erinnert – das große Silicon Valley im Westen von Moskau... Herr Schwalb, haben Sie etwas davon gehört?

Brigadegeneral Reiner Schwalb:
...es existiert noch.

Dr. Rudolf Georg Adam:

Es existiert noch, ja gut – nach fünf Jahren ist das die Erfolgsbilanz.

Rolf Clement:

Herr Schwalb, die militärische Stärke Russlands hat in den letzten Jahren seit Putin regiert massiv zugenommen, das haben wir gehört, und das haben wir auch aus anderen Quellen schon gehört. Wie stark ist das? Wie bewerten Sie das? Welche politische Strategie und Absicht steht dahinter?

Brigadegeneral Reiner Schwalb:

Fangen wir bei dem Thema Strategie vielleicht erst einmal an. Wenn wir Soldaten eine Strategie definieren wollen, dann zeichnen wir zunächst ein Bild dessen, wo wir gerade stehen, wir definieren, wo wollen wir hin, und dann suchen wir einen Weg dahin mit Alternativen. Es wurde ja bereits in der ersten Diskussion deutlich, dass wir zurzeit nicht so genau wissen, wo wir innerhalb Europas und der NATO stehen. Die Kernfrage für mich, die ich sehr vereinfachend sage, gerade aus dem sicherheitspolitischen Bereich: „Wollen wir Sicherheit mit oder vor Russland?“. Da wir uns da zurzeit nicht so ganz einfach einig sind, haben wir eine Mischlösung: Abschreckung und Dialog. Was ist

wann kontraproduktiv, das ist eine gute Frage.

Wo wollen wir hin? Wollen wir zu einer Sicherheit vor Russland? Oder wollen wir nicht doch zu einer Sicherheit mit Russland, wo wir alle Vorteile davon haben und wie es auch durch den Keynote Speaker Herrn Erler dargestellt wurde? Das müssen wir uns schon sehr sorgfältig überlegen, was wir eigentlich wollen. Deswegen sind die wichtigsten Gespräche erstmal intern zu führen. Die Russen haben weiterhin ein ganz großes Interesse daran, Europa und die NATO zu spalten. Das merken wir überall, und da hat sich über die letzten – ich zitiere das gern – 63 1/2 Jahren nichts geändert. Lesen Sie einmal die Süddeutsche Zeitung vom 23. Februar 1954, dort wird Konrad Adenauer auf der Titelseite gefragt, was eigentlich die gestrige Viermächte-Konferenz gebracht habe. Sinngemäß sagte er, wenn die drei Westmächte Molotow davon überzeugen konnten, dass der Westen keine Bedrohung für die Sowjetunion darstellt, und wenn sie Molotow davon überzeugen konnten, dass der Westen sich nicht zerfleischen wird, dann haben wir alles erreicht. Ich sag mal, da sind wir heute eigentlich nicht wirklich viel weiter, weil Gleiches wird heute

immer noch betrieben. Da stellt sich schon die Frage, die auch Frau Klein vorhin gestellt hat, haben wir etwas falsch gemacht? Da muss man schon einmal darüber nachdenken, was haben wir vielleicht verpasst. Nichtsdestotrotz sollten wir dort beginnen, wo wir jetzt stehen.

Bezüglich der militärischen Stärke stimme ich Ihnen dort nicht ganz zu, Herr Prof. Varwick. Angefangen mit dem russischen Verteidigungshaushalt. Der Haushalt nationale Sicherheit ist hoch, der Verteidigungshaushalt liegt bei 3,18 Billionen Rubel dieses Jahr, das sind ungefähr 48 Mrd. Euro. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob das viel oder wenig ist. Selbst wenn es 70 Mrd. wären, dann wäre das immer noch nicht viel. Die Streitkräfte haben an sich zwar eine enorme Verbesserung durchlebt, das habe ich selber gesehen, aber von welchem Stand denn ausgehend? Wirklich gut sind die Streitkräfte in allem, was den nuklearen Bereich angeht. Nach offizieller Aussage des Verteidigungsministers werden dort 17,5 % des Verteidigungshaushaltes dafür ausgegeben. Sie sind gut in allem, was Luftverteidigung, boden- und luftgestützt, betrifft – da sind sie wirklich Weltspitze. Dann kommen die Spezialkräfte, dann die

Luftlandetruppen und dann lange, lange nichts. Wenn Sie sehen, dass sie einen Fehlbetrag von 100.000 Soldaten von einer 1-Millionen-Armee, und 300.000 Grundwehrdienstleistende mit einer einjährigen Wehrpflicht, was noch einmal weitere 100.000 für die Ausbildung bindet. Die Leistungsfähigkeit dieser Soldaten ist nur begrenzt nutzbar. Es gibt noch kein richtiges Reservistenkonzept, weil sie keine Reserve mehr haben wollten. Also die großen Panzerarmeen werden nicht mehr rollen, das ist auch nicht russische Absicht. Davor hätte ich am wenigsten Angst. Ich denke, Russland ist gefährlich aufgrund seiner militärischen Schwäche, nicht wegen seiner militärischen Stärke – darauf müssten wir uns einstellen.

Rolf Clement:

Sie haben jetzt über die russischen Streitkräfte gesprochen..?

Brigadegeneral Reiner Schwalb:

...ich habe jetzt nur über die russischen Streitkräfte gesprochen.

Rolf Clement:

...Weil ich solche Reden auch schon öfter im anderen Zusammenhang gehört habe.

Brigadegeneral Reiner Schwalb:

Deswegen sollten wir auch viel transparenter sein. Denn trotz aller Reden, die bei uns gehalten werden – ich kann die Vergleiche sehen –, ich hätte nichts dagegen, wenn wir am Panzer-Biathlon der Russen teilnehmen würden, dann würden sie sehen, dass es sich nicht lohnt, sich mit einem deutschen Kampfpanzer anzulegen.

Rolf Clement:

Für einen deutschen General ist das eine gute Antwort. Herr Varwick, Sie haben noch eine Frage von Herrn Adam offen, und danach darf ich auch das Publikum einladen, sich zu beteiligen.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Vielleicht darf ich noch einmal, obwohl ich nie wagen würde, dem deutschen Verteidigungsattaché in Moskau, der natürlich viel bessere Informationsquellen hat als ich als Wissenschaftler, zu widersprechen, aber ich kann nur die Debatte, die wir auch transatlantisch führen, noch einmal widerspiegeln. Ich kann nur sagen, dass die Einschätzung, die Sie gerade wiedergegeben haben, auch 2014 die Einschätzung der Geheimdienste und der künftigen Beobachter war. Man sagte, Russland sei zwar unappetitlich,

aber keine Herausforderung im militärischen Sinne für uns. Das kann stimmen, aber ich bin mir nicht ganz sicher, ob das das ganze Bild zeichnet. Der Aufwuchs der Fähigkeiten verbunden mit einer potenziell skrupellosen Eskalationsdominanz, dass das durchaus das Gefährliche ist. Russland hat das demonstriert. Es kann mittlerweile Truppen verlegen, das hat es im Schwarzmeerraum getan, auch im Ostseeraum sowie im Mittelmeerraum. In Syrien kann es Dinge machen, wo wir gesagt haben, dass wir das gar nicht erwartet haben. Ich will Ihr Bild hier gar nicht in Frage stellen, Sie wissen das besser, aber in meinen transatlantischen Diskussionen ist das nicht so eindeutig, wie Sie das sagen. Das reicht aber, um verbunden mit einer revisionistischen Politik Probleme für eine ganze Reihe von Staaten zu verursachen. Dass es sich nicht mit der NATO anlegt, ist, glaube ich, auch klar und auch verständlich. Ich erwarte auch nicht, dass Russland Panzer ins Baltikum schickt. Aber ganz so entspannt wie Sie sehe ich das nicht, dennoch bin ich entspannter, wenn Sie das so sagen.

Gleichzeitig ist Russland natürlich nicht nur im engeren militärischen Bereich eine revisionistische Macht, sondern auch bezüglich der Stichwor-

te ‚hybride Kriegsführung‘, der Einmischung in die Präsidentschaftswahlen der USA und in anderen Bereichen. Hier ist es bewusst ein Spoiler der internationalen Ordnung – das dürfen wir nicht kleinreden. Wir müssen irgendwie damit umgehen, da reicht es eben nicht aus abzuschrecken. Da muss man, wenn wir über Strategien reden, und Sie haben ja genau gesagt, Strategien sind das Verhältnis der Mittel zu einem Ziel, darüber reden, wie wir dahin kommen, dass wir mit Russland wieder besser umgehen können. Auch so, dass Russland sich wieder besser gegenüber der internationalen Ordnung verhält und nicht mehr Spoiler ist, sondern im allerbesten Fall nicht Builder, aber zumindest kein Spoiler der internationalen Ordnung ist. Da gibt es eben immer noch einen langen Weg zu gehen. Das ist, glaube ich, nur durch politische Kooperationsangebote möglich.

Wir werden die russische Innenpolitik nicht ändern können. Ich stimme da Herrn Adam völlig zu, dass der Schlüssel zur potenziellen Veränderung der russischen Außenpolitik auch in der russischen Innenpolitik liegt, aber da haben wir wenig Einfluss darauf. Die Sanktionen sind in diesem Kontext nicht besonders effektiv, da die Leidensfähigkeit Russlands demonstriert sehr hoch ist. Der

Mechanismus, der in Demokratien wirksam ist, das ist ja der Kern demokratischen Friedens, dass Regierungen verantwortlich gemacht werden können für schlechte Regierungsführung und dann abgestraft werden können – dieser Mechanismus ist in Russland außer Kraft gesetzt, oder zum Teil außer Kraft gesetzt. Die Hoffnung, dass wenn Putin nicht mehr da ist, ob jetzt 2025 oder 2030, dass dann etwas Besseres kommt – diese Hoffnungen sollten wir, glaube ich, aufgeben. Es kann sein, dass etwas Besseres kommt, es kann aber auch nicht sein, und darauf können wir unsere Strategie nicht aufbauen. Das heißt, die Frage ist nicht, wie wir Russland innenpolitisch beeinflussen können, da sind die Mittel sehr begrenzt. Sondern wie wir versuchen, Russland wieder besser in die internationale Ordnung einzubinden, als das in den vergangenen Jahren der Fall war. Das muss die Frage der Strategie sein. Jedenfalls wäre das mein Ansatz.

Rolf Clement:

Also wenn Sie von der Vergiftung, von dem Spoiler der internationalen Beziehungen sprechen, geht das ja ganz weit über den Sicherheitsbereich hinaus. Ich erinnere nur an die Diskussion, die wir zurzeit im Sport über Doping haben,

das gehört ja auch dort mit herein. Auch hier gibt es internationale Regeln, die ganz bewusst und ganz gezielt verletzt werden.

Dr. Rudolf Georg Adam:

Noch eine ganz kurze Ergänzung, weil wir vielleicht auch noch einmal in den Spiegel schauen sollten. Wenn die Einmischung in fremde Wahlen ein Spoiling der internationalen Beziehungen ist, was haben wir dann eigentlich 1995 vor der Wahl von Boris Jelzin gemacht? Jelzin lag vor der Wahl bei 7,6%. Dann ist er hochgejubelt worden mit den massiven Geldern der Oligarchen und hat mit Hilfe von amerikanischen Public-Relations-Beratern die Wahlen gewonnen. Ich glaube nicht der russischen Hypothese, dass der Maidan 2014 ein Komplott der CIA war, aber natürlich haben die Amerikaner diese Leute beraten. Sie haben ihnen Computer zur Verfügung gestellt, sie haben ihnen Berater zur Seite gestellt – also, das ist ein sehr heikles Thema. In gewisser Weise, wenn ich mit Russen spreche, höre ich häufig: „Wieso, was wollt Ihr denn? Wir machen jetzt nur das, was wir von Euch gelernt haben.“

Frage aus dem Publikum

(General Klaus Wittmann, Aspen Institut und Universität Potsdam):

Ich wollte schon beim letzten Panel drei kurze Bemerkungen machen, und die passen hier auch hin. Aber zwei Sätze vorweg: Herr Varwick, zum Thema „Krim abhaken“. Ich habe an Lindner einen Brief geschrieben zu seinen Äußerungen und gesagt, dass ich auch glaube, dass wir uns eine Zeit lang damit abfinden müssen, aber die Wortwahl ist entscheidend. Man sollte nichts tun, um diese Annexion irgendwie im legitimen Licht erscheinen zu lassen. Die Annexion der baltischen Staaten haben wir 50 Jahre lang nicht anerkannt, und jetzt sind sie wieder frei. Was Prof. Barberowski über die Krim gesagt hat, das hat mich an einen Satz von seinem Kollegen Karl Schlögel erinnert, der schrieb: „Wir müssen alle wieder in die Schule gehen, denn wir alle haben uns angewöhnt, die Ukraine nur durch russische Augen zu sehen.“

Nun zu meinen drei kurzen Bemerkungen. Zunächst zu General Lahl und der Aussage, sich auch in die Lage des Gegners zu versetzen. Das finde ich auch im ganz starken Maße, aber die Empörung über Obamas ungeschickte Bemerkung als ‚Regionalmacht‘, die ist so ins Überdimensionale aufgeblasen worden, dass

ich daran denken musste, dass auch Gernot Erler in einem Buch bei der Körber Stiftung das schon einmal geschrieben hat, als rein analytischen Begriff. Auch, dass Helmut Schmidt in seiner Kanzlerschaft die Sowjetunion als „Obervolta mit Atomraketen“ bezeichnet hat – das war viel schlimmer.

Zweitens zum Thema Augenhöhe. Augenhöhe erwirbt man sich, die erzwingt man sich nicht. Als Großmacht hoch willkommen wäre ein Russland, das sich konstruktiv am globalen und regionalen Problemlösen beteiligen würde, statt sich zu stützen auf Verhinderungsmacht, Störpotenzial, regionale militärische Überlegenheit, militärische Überumpelungsmanöver und Angst vor Nachbarn.

Zum Punkt Selbstkritik. Ich habe mehrere Artikel geschrieben mit dem simplen Gedankengang, dass Russland ein neues Denken in der Außen- und Sicherheitspolitik braucht. Wir sollten das durch selbstkritische Anerkennung unseres Anteils an der Verantwortung für die Verschlechterung des Verhältnisses erleichtern, vieles ist dazu auch gesagt worden. Den Medwedew-Vorschlag will ich dazu gar nicht weiter ausführen, aber ich meine auch, dass

das eine verpasste Gelegenheit war. Das Hauptversäumnis sehe ich aber darin, dass über Russlands Platz in der europäischen Sicherheitsordnung von Anfang an nach dem Ende des Kalten Krieges nicht wirklich geredet worden ist. Der Medwedew-Vorschlag wäre ein Anfang gewesen, auch wenn ich den Inhalt dessen ablehne.

In dem Zusammenhang zu meinem letzten Punkt. Russland hat die wichtigsten Prinzipien von Helsinki und Paris beiseitegeschoben, das haben wir schon gehört. Aber an einem Prinzip hält es immer wieder fest und betont das: ungeteilte Sicherheit. Darüber sollten wir einmal ausführlich sprechen. Was bedeutet das für uns, was bedeutet das für Russland, und es eben nicht so einfach wegweisen wie kürzlich Constanze Stelzenmüller, als ich diese Bemerkung machte und sie sagte: „Das bedeutet für Russland nur: Amerika raus aus Europa.“ Mag sein, aber, wenn Russland daran liegt, dann sollte man im Zusammenhang mit einem Gespräch über dessen Platz in der Sicherheitsordnung dieses Thema einmal ganz genau überlegen und dann durchdeklinieren, was wir in Warschau angeboten haben. Dialog auf der Grundlage von Verteidigungsfähigkeit, so wie Sie es gesagt haben.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

General Wittman, ich stimme in allem zu, was Sie sagen, aber mit der Krim habe ich doch eine leicht andere Auffassung. Ich würde die Krim einfach anders bewerten, in der Frage, ob sie bei der Entwicklung einer tragfähigen Strategie stört oder ob man es sich leisten könnte, sozusagen wie eine Monstranz den Satz immer vor sich her zu tragen: Wir werden das nicht akzeptieren, weil es ein Völkerrechtsbruch ist, weil es die Charta von Paris in Frage stellt, weil es die Grundregel von europäischer und internationaler Politik, also die territoriale Integrität von Staaten, in Frage stellt. Ja, alles richtig, nur, wenn das dazu führt, dass wir die Krimfrage als Blockade für einen politischen Deal auf dem Tisch des Hauses haben, dann bin ich dafür, in der Abwägung – und nicht weil ich gern Grenzen neu zeichnen möchte –, in der Bedeutung der Krim für Russland, diese Frage anders anzugehen. Da hat Lindner, ich bin hier jetzt nicht dessen Sprecher und bewerbe mich auch nicht dafür, da hat er einen guten Punkt gemacht. Er ist missverstanden worden, dass das bedeutet, dass man territoriale Grenzverschiebungen akzeptiert. Sondern, dass man einfach in seiner politischen Strategie nüchter-

ner darüber nachdenkt, welche Hindernisse für einen Deal existieren, der nach Lage der Dinge oft auch schmutzig sein kann, aber die internationale Politik ist voll von schmutzigen Deals, und wir sollten nicht zu sehr moralisieren und auch nicht zu sehr auf Prinzipien rumreiten, so wichtig Prinzipien sind, so wichtig Moral in der Politik ist. Noch wichtiger ist die Strategiefähigkeit, und die Tabuisierung der Krimfrage nimmt uns die Strategiefähigkeit. Das ist aus meiner festen Überzeugung der Punkt.

Man kann, und da arbeiten ja einige Völkerrechtler schon daran, sich Szenarien ausdenken, wie man diese Frage auch völkerrechtlich vertretbar angehen kann. Zum Beispiel durch ein neues Referendum unter OSZE-Aufsicht, das dann dasselbe Ergebnis hätte – da sind wir uns, glaube ich, einig, dass die Krim so abstimmen würde, dass sie wieder zur Ukraine möchte, wäre ja abenteuerlich. Das heißt, man könnte konforme Regelungen entwickeln, und es wäre Teil der Strategie, darüber nachzudenken, wie man Russland da einen gesichtswahrenden Ausweg lässt, um wieder mitzuspielen in der internationalen Politik und diese Krimfrage nicht als Dauerbaustelle vor sich hin zu tragen.

Letzter Punkt, ganz kurz zu Ihrer Anmerkung zu Russlands Platz in Europa. Sie haben Recht, das ist ein Strukturproblem der europäischen Sicherheitsordnung. Aber dieses Strukturproblem ist nicht auflösbar. Es wäre nur dadurch auflösbar – und davor würde ich warnen –, dass man einen reset-button drückt und auf null schaltet. Dann würde man die NATO auflösen müssen, dann würde man die gesamte Integrationsordnung im sicherheitspolitischen Bereich vergessen und etwas ganz Neues machen und dann möglicherweise über Russlands Platz völlig neu nachdenken. Das wäre aber fahrlässig. Das heißt, wir müssen von der Bedeutung der NATO ausgehen, diese ist die Klammer zu den USA, sonst hat die NATO keine Funktion, da könnten wir auch GVSP machen. Die Logik der NATO ist ja, dass die Amerikaner in europäische Sicherheitsangelegenheiten involviert bleiben, und das ist wertvoll und für europäische Sicherheitsinteressen geradezu existentiell wertvoll. In der Abwägung dieses für die europäische Sicherheit existentiell wichtigen Gutes und des Strukturproblems, dass Russlands Platz dadurch nicht wie im Lehrbuch zu zeichnen ist, würde ich immer sagen, dass wir trotzdem an der NATO festhalten

müssen. Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass wir dieses Strukturproblem mit Russland haben und daher daran arbeiten müssen, wo man Russland möglicherweise einen anderen Platz und Möglichkeiten zur Mitsprache einräumen kann – aber eben auf dieser festen Basis. Das war der Pferdefuß des Medwedew-Plans, dass die strategische Absicht eine Herausdrängung der USA aus Europa war, und da bin ich sehr dabei, dass wir darauf nicht eingegangen sind. Trotzdem sind wir auf diese Debatte nicht hinreichend genug eingegangen, und vielleicht können wir dort wieder anknüpfen.

Dr. Rudolf Georg Adam:

Ganz kurz dazu drei Sätze: Mich wundert, wie stark auch unsere Debatte darüber von der Vergangenheit beeinflusst ist. Es geht doch gar nicht um die Panzer, die in das Baltikum einrücken, sondern es geht um neue Formen der Konfliktaustragung. Hybride Konfliktführung und vor allen Dingen die Propagandarolle, die neue soziale Medien eröffnen. Hier sehe ich eine ganz andere Gefahr, nämlich dass wir in der Debatte über den Raum zwischen Russland und der NATO, also die Ukraine, Moldowa, Transnistrien, Abchasien, Südossetien, Georgien,

immer schlechtere Karten haben. Soweit ich das beurteilen kann, tendiert Serbien und auch die Türkei zunehmend auf Russland hin. Dass ein NATO-Partner ein S-400-System kauft, ist eigentlich ein Skandal. Der zweite Punkt: Herr Wittmann, hören wir doch auf, Wunschdenken zu denken. Die Russen werden nicht liberal werden, und sie werden sich nicht dem anschließen, was wir hier in Westeuropa als politische Ziele verfolgen. Auch die Engländer tun etwas, was wir vielleicht nicht verstehen können, trotzdem müssen wir damit leben. Ich halte den BREXIT, gerade in der Frage wie geht Europa mit Russland um, für einen ganz gravierenden Faktor. Bisher war die britische Position gegenüber Russland die härteste und kompromissloseste. Wie formulieren wir eigentlich eine glaubhafte europäische Strategie gegenüber Russland, wenn England außerhalb der EU und der EU-Strukturen ist? Das ist eine Frage, die mich extrem umtreibt und die bedeutet, dass wir England viel stärker in die Sicherheitsstrukturen der EU einbinden müssen, auch wenn sie außerhalb des Marktes sind.

Rolf Clement:

Vielleicht haben wir ja auch durch die Ankündigung des Austritts eine Möglichkeit, diese Sicherheitsstrukturen so zu schärfen, dass die Briten dann auf dem Umweg dieser veränderten Sicherheitsstrukturen wieder reinkommen. Aber das ist ein anderes Thema!

Frage aus dem Publikum:

Meine Frage zielt in Richtung Europa. Europa ohne Amerika hat so gut wie keine strategische Aufklärung, so gut wie keine strategische Verlegefähigkeit, hat auf oberer Ebene keine ‚bridging capacity‘ etc., das könnte ich jetzt weiter so fortsetzen. Das heißt, muss Europa nicht sicherheits- und rüstungspolitisch viel mehr tun, damit wir überhaupt auf der Klaviatur mitspielen können und nicht nur das machen, was ein Donald Trump in Washington uns vorgibt? Wohl gemerkt – ich bin Transatlantiker und stehe ganz fest an der Seite Amerikas.

Brigadegeneral Reiner Schwalb:

Also aus unserer Sicht, was wir in Moskau unmittelbar wahrnehmen, versucht Moskau, das hatte ich durch das Adenauer-Zitat angedeutet, bei jeder Gelegenheit die NATO zu spalten und bei jeder Gelegenheit die EU zu spalten. Die Fokussierung

„Die Vorstellung, dass wir als Europäer eine den Russen ebenbürtige politische und militärische Macht aufbauen können, halte ich für – im Moment jedenfalls – utopisch.“

Dr. Rudolf Georg Adam

auf die rechten Parteien in Europa dient doch ebenfalls dazu, die EU zu spalten. Alle sonstigen Handlungen dienen dazu, die NATO zu spalten. Das heißt, für uns muss es elementar sein, Militärs sagen dazu „center of gravity“, Einheit zwischen NATO und EU in unseren Botschaften zu schaffen. Aus meiner Sicht ist es ein strategischer Fehler der NATO, dass sie militärisch oder überhaupt als NATO nicht mehr in Moskau präsent ist. Weder durch das NATO Information Office, es gibt keinerlei politischen Dialog, wo die NATO in irgendeiner Weise in Gesprächen öffentlich auftritt. Wir überlassen ausschließlich den Russen den Ton. Military Mission der NATO hatten wir, die besteht noch aus, nichts gegen Italiener, aber aus einem italienischen Oberstleutnant, der ist nicht sprachfähig gegenüber den Russen und auch nicht

sprachfähig gegenüber den Medien. Wir hatten eine NATO-Kontaktbotschaft, Sie wissen das, die gibt es auch nicht mehr. Das heißt, wenn wir mit der NATO geschlossen auftreten wollen, dann müssen wir dort auch präsent sein. Da die Russen in der Entscheidungsfindung stark von den sogenannten Silowiki durchsetzt sind, also Menschen aus Militär, Geheimdiensten und ähnlichen, reden die auch gerne mit solchen Menschen. Wenn wir etwas erreichen wollen, dann sollten wir das nutzen. Wenn wir nichts erreichen wollen, dann machen wir einfach so weiter wie bisher. Ich meine, wir sollten etwas erreichen wollen.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Herr General (bzgl. der Frage aus dem Publikum), diese Debatte, die sie angedeutet haben, ist sehr wich-

tig, und Ihr Hinweis, dass wir ohne die Amerikaner im militärischen Bereich nicht handlungsfähig sind, den kann man gar nicht oft und laut genug sagen, weil wenn man das nicht richtig einschätzt, kommt man zu falschen Strategien. Insofern danke für die Anmerkung. Ich glaube aber, dass die Frage des Verteidigungshaushaltes da eine vergleichsweise untergeordnete ist. Ja, wir brauchen sicherlich mehr Geld für diesen Bereich der Sicherheitspolitik. Wir müssen die Abschreckungsfähigkeit besser machen, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Das kostet Geld, zumal das ja nicht unsere einzige Aufgabe ist, also Krisenmanagement kommt ja noch dazu, aber auch Abschreckungsfähigkeit kostet viel Geld. Aber eine bessere Abschreckungsfähigkeit ohne eine politische Strategie ist gewissermaßen wertlos. Deshalb glaube ich, dass es mittlerweile in den Köpfen drin ist, dass man da etwas mehr Geld braucht, und das wird passieren. Dennoch müssen wir uns mehr Gedanken über die politischen Zusammenhänge machen, weil uns die beste Abschreckungsstrategie nichts nützt beziehungsweise wäre das Verschwendung von Geld, wenn wir das nicht mit einer klugen politischen Strategie verbinden, wie

wir Russland wieder einbeziehen können in Richtung des Aufbaus einer formal gleichberechtigten Partnerschaft, wie immer die auch aussehen mag. Dieser militärische Bereich ist wichtig, aber das große Bild hat eben noch andere Facetten, die wir auch beleuchten müssen. Um uns da besser aufzustellen, ist die politische Strategie da wichtiger als der militärische Ausschnitt.

Anmerkung aus dem Publikum:

Ich möchte zunächst Herrn Schwalb ausdrücklich zustimmen, ich habe es auch für einen Fehler gehalten, dass die NATO die Präsenz in Moskau komplett auf null heruntergefahren hat. Aber das war ein politischer Beschluss, am 01. April 2012 unmittelbar nach der Krimkrise alle Aktivitäten komplett herunterzufahren. Inzwischen haben wir mit dem NATO-Russland-Rat wieder erste Schritte, der Chairman Military Committee ist im Gespräch mit seinem russischen Counterpart, und vielleicht gelingt es ja auch, die Military Mission wieder zu aktivieren. Ich wollte aber eine andere Frage stellen zum Thema Rolle Europas, zum Thema Rolle Deutschlands und zum Thema Augenhöhe. Wenn ich das richtig sehe, dann spricht Putin, wenn er von Augenhöhe redet, nicht über Frau Mer-

kel, nicht über Herrn Macron, nicht über Herrn Juncker, sondern er hat einen Einzigen im Blick, das ist der amerikanische Präsident. Wenn diese Analyse richtig ist, welche Wahrnehmung haben eigentlich wir als Deutsche und als Europäer verglichen mit der Augenhöhe, die sie mit den Amerikanern haben wollen?

Dr. Rudolf Georg Adam:

Ich stimme Ihnen da voll und ganz zu. Ich war auch drauf und dran zu sagen, die Konstruktion des Minsk-Abkommens hat mich immer ein wenig verwundert. Bei allem Respekt vor Deutschland und Frankreich, aber diese beiden sind – sorry, wenn ich das jetzt als ehemaliger Diplomat sage – Mittelgewichte, wenn nicht aus russischer Sicht bloß Leichtgewichte. Herr Putin hat die beiden, glaube ich, nicht so ernst genommen, dass er sich wirklich an das Abkommen gehalten fühlt. Er weiß, dahinter steht keine Sanktionsmacht, wenn er sich nicht an das hält, was er gesagt hat. Bei den Amerikanern wäre das etwas anderes gewesen, und mich hat immer sehr gewundert, dass die Amerikaner sich in diesem Konflikt so rausgehalten haben. Unsere Rolle kommt vor allen Dingen dann, wenn wir den Amerikanern einerseits und den Russen anderer-

seits klarmachen können, dass wir vermitteln können. Ich glaube, dass wir, bei aller Bescheidenheit, immer noch einen sehr guten Zugang zu Russland haben, nicht nur historisch, sondern auch mentalitätsmäßig. Mich hat bei McFaul immer wieder gewundert, dass ein Mann, der sich an sich sein Leben lang mit diesem Land beschäftigt hat, solch gravierende Fehler in seiner Kommunikationsstrategie begangen hat. Ich glaube, da haben wir in Deutschland ein paar Botschafter aufzuweisen, die hier eine deutlich bessere Rolle gespielt haben. Ich glaube, dass das eigentlich unsere Rolle ist.

Die Vorstellung, dass wir als Europäer eine den Russen ebenbürtige politische und militärische Macht aufbauen können, halte ich für – im Moment jedenfalls – utopisch. Vor allen Dingen, was ist denn Europa? Das sind nicht die 28, also Malta und Zypern und Luxemburg imponieren den Russen wahrhaftig nicht. Die Frage ist, ob wir Deutschland, Frankreich und irgendwie die Briten, vor denen haben die Russen auch noch gewaltigen Respekt, dann Polen und Schweden, denn das sind die beiden Länder, die wir brauchen, um den Raum zwischen uns und den Russen durch Macht- und Politikprojektion zu beeinflussen, unter einen Hut

kriegen. Gelingt es uns, dass wir nicht nur eine glaubhafte Abschreckung, sondern auch eine Projektion, nicht eine militärische Projektion, sondern eine ideelle Projektion, in diesen Raum hinein zusammenkriegen?

Brigadegeneral Reiner Schwalb:

Vielleicht eine Ergänzung dazu: Ich stimme nicht ganz zu, was die Rolle Deutschlands angeht. Was ich im Gespräch wahrnehme, ist, wirkliche Augenhöhe wird mit den USA und China gesucht. Deutschland ist für Russland der Ansprechpartner in Europa. Wenn mit mir über Minsk gesprochen wurde, dann wurde nie über Frankreich gesprochen, sondern immer nur darüber, was die Bundesrepublik Deutschland will. Nicht weil ich gefragt wurde, sondern in der öffentlichen Diskussion oder der Diskussion der Think Tanker in Russland spielte nur Deutschland eine Rolle. Auch als nicht P5-Nation sind wir, nach meinem Dafürhalten, in Russland bei Weitem wichtiger, was Augenhöhe angeht, als Frankreich in Russland ist, oder auch, was Großbritannien zurzeit in Russland ist. Insofern denke ich, spielt es eine ganz entscheidende Rolle, was wir Deutschen wollen und welche Politik wir in Europa verfolgen – das beobachten die Russen ganz genau,

weil wir für sie in der Bestimmung Europas sehr wichtig sind.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Zwei Sätze: Augenhöhe – ich würde in der Außenpolitik nicht über-psychologisieren. Ich würde, wenn wir über Augenhöhe und das Verhältnis Russland-USA reden, nochmal einen Gedanken darauf verwenden, wie denn die Strategieunterschiede zwischen den USA und den wichtigen europäischen Staaten sind, und sie sind beachtlich. Ich will nur zwei Stichworte nennen: Waffenlieferungen an die Ukraine. Da gibt es in den USA eine ganz andere Position als in den europäischen Staaten, und es gibt keine eine europäische Position, sondern ich rede von den einzelnen europäischen Staaten. Nord Stream 2, das strategische Energieprojekt schlechthin. Hier gibt es keine europäische Position, aber eine amerikanische Position, die so weit geht, dass sie Sanktionen fordern, das hat jedenfalls der Kongress gefordert, Trump hat sich dazu noch nicht geäußert, wahrscheinlich, weil er das nicht versteht. Das heißt, da gibt es Sollbruchstellen zwischen den europäischen Staaten und den USA, die wir in den Blick nehmen müssen, wenn wir über eine gemeinsame Strategie des Westens mit Blick auf Russland

reden. Die müssen wir überwinden, sonst kann es keine gemeinsame Strategie geben.

Anmerkung aus dem Publikum (General a. D. Servatius Maeßen, Vizepräsident GSP):

Eine Anmerkung zu Ihnen, Herr Adam: Sie haben vorhin gesagt, die Beschaffung des russischen Luftabwehrsystems durch die Türken sei skandalös. Ich halte das eher für eine effizienzbewusste Entscheidung. Sie bekommen ein hochleistungsfähiges, preiswertes System, auf das die Bundeswehr noch Jahrzehnte warten muss, wenn es denn überhaupt kommt. Aber das ist nicht der Gegenstand meiner Frage. Herr Varwick hat in einem seiner Statements auf dem Podium kurz etwas zu Sanktionen gesagt, die nach der Krimannexion seitens der EU ergriffen wurden. Meine Frage an Sie alle, meine Herren: Würde ein Verzicht auf diese Sanktionen als ein Zeichen beginnender Dialogbereitschaft oder als Zeichen der Schwäche seitens der EU gewertet werden?

Brigadegeneral Reiner Schwalb:

Also aus meiner Sicht ganz eindeutig als Zeichen der Schwäche. Wir können keine Sanktionen festlegen und dann – ohne dass eine sichtbare Ge-

genleistung geschieht – damit wieder aufhören. Vielleicht kann man sie schrittweise aufheben, wenn Schritte erfüllt werden – darüber kann man vielleicht nachdenken. Aber eine Sanktion einfach aufheben ist ein Zeichen der Schwäche.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ich stelle nur fest, dass die Sanktionen nicht wirken. Wir können nun sagen, sie wirken vielleicht in 20 Jahren, aber jedenfalls seit sie verhängt worden sind, wirken sie nicht. Wir hätten schon ein Problem, davon jetzt ohne Gegenleistung abzurücken, aber wir müssen auch da einen neuen politischen Anlauf machen oder darüber nachdenken, zielgerichtete Sanktionen zu machen. Das ist das, was der amerikanische Kongress fordert, die berühmte Machtvertikale in Russland zu treffen, beispielsweise mit Energiesanktionen, die uns dann als Europäer massiv betreffen würden, es sei denn, wir nehmen Frackinggas aus den USA – das sind ja letztlich die Zusammenhänge.

Anmerkung aus dem Publikum:

Ich fand es ja ausgesprochen erfreulich, dass es ausgerechnet der Militärattaché in Moskau war, der zu nüchternem Realismus aufgerufen hat, wenn es um die Einschät-

zung der russischen militärischen Fähigkeiten geht, gerade auch im Verhältnis zur Wissenschaft. Das ist aber heute nicht mehr der Normalfall. Heute haben wir es ja eher damit zu tun, dass sehr dramatisierend vor den russischen Aufrüstungsbemühungen gewarnt wird. Selbst der Spiegel hat vor zwei, drei Wochen eine Geschichte gebracht, die sehr auf dieser Linie lag. Herr Lahl hat in seiner Einführung gesagt, dass die Russen so viel aufrüsteten, und hat dann die rhetorische Bemerkung angefügt, dass er das nicht so richtig verstehen könne, denn die seien ja nicht bedroht. Es ist völlig klar, welchem Ziel das Ganze dient, es muss ja auch die 2%-Forderung legitimiert werden. Vor dem Hintergrund ist es manchmal nicht schlecht, einen Realitätscheck zu machen. Ich habe dazu die SIPRI-Zahlen aufgerufen, die möchte ich nur ganz kurz zitieren, insbesondere was die Einschätzung zum Verhältnis zwischen Russland und den USA betrifft. Mich würde interessieren, ob Herr Lahl dieselbe Bemerkung zur USA machen würde, ob diese sich bedroht fühlen und daher so einen großen Rüstungshaushalt brauchen. Also SIPRI 2016, die USA mit 611 Mrd. USD, China 215 Mrd. USD, Russland 69 Mrd. USD. Jetzt weiß ich, dass viele Kollegen

aus dem BMVg mir sagen würden: „You get more bang for the buck“ in Russland – das weiß ich auch alles. Trotzdem ist es manchmal hilfreich, sich die Größenordnungen zu vergegenwärtigen. Ich habe das sehr oft in meiner aktiven Zeit erlebt, dass selbst Fachleute aus der Sicherheitspolitik nicht einmal im Entferntesten diese Größenordnungen zuordnen können. Wenn man sagt, die USA geben allein ungefähr 45% der Weltausgaben aus, dann schauen die einen ganz erstaunt an. Insofern wollte ich dies hier einfach mal in Erinnerung rufen.

Rolf Clement:

Vielen Dank. Wenn wir jetzt eine ganz kurze Schlussrunde machen, ähnlich wie bei „Hart aber fair“, dann würde ich Sie fragen, wenn Sie einen Satz zu Russland in die aktuellen Koalitionsverhandlungen reinschreiben würden, wie würde der lauten? Herr Adam, möchten Sie dazu etwas sagen?

Dr. Rudolf Georg Adam:

Nein.

Brigadegeneral Reiner Schwalb:

Natürlich nur zur Sicherheitspolitik: Aus sicherheitspolitischer Stärke heraus mehr Transparenz zeigen,

um Vertrauensbildung nach vorne zu bringen.

Prof. Dr. Johannes Varwick:

Ich nutze das Privileg des Mikrofons, mit einem Halbsatz Ihnen (bzgl. der Anmerkung aus dem Publikum) noch eine Entgegnung entgegenzubringen. Die Zahlen sind so, wie Sie gesagt haben. Wenn man das aber prozentual am Bruttoinlandsprodukt misst, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass in Russland 5,3% des Bruttoinlandsprodukts für Militär ausgegeben wird, und das ist schon ein Grad an Militarisierung, der von der Ressourcenzuweisung aus bedenklich stimmen kann, und das ist ein Trend, der rasant nach oben geht. Bei allem anderen hatten Sie Recht.

Mein Satz für die Koalitionsverhandlungen wäre, dass wir auf der Basis von gesicherter Abschreckungsfähigkeit einen neuen politischen Austausch mit Russland versuchen müssen – also ganz, wie der Militärattaché gesagt hat.

Rolf Clement:

Vielen Dank, meine Herren auf dem Panel, und Ihnen im Publikum! Frau Merten, alle Fragen aus dem Publikum sind abgearbeitet – Sie haben das Schlusswort.

6. Schlussbemerkung

*Ulrike Merten, MdB a. D.,
Präsidentin der Gesellschaft für
Sicherheitspolitik e. V.*

Vielen Dank. Stimmt, alle Fragen aus dem Auditorium wurden beantwortet, aber nicht alle Fragen des Tages, die sich mit dem Thema stellen. Ich glaube, wenn ich eine Bewertung vornehmen sollte oder müsste – ich werde mich hüten –, mein Erkenntnisgewinn ist relativ groß, weil wir es mit durchgehend klugen Diskutanten zu tun hatten.

Wenn ich sagen sollte, inwieweit ich in meiner Überlegung gediehen bin, eine tragfähige Lösung aus all dem herausziehen zu können, was ich an Unterschiedlichkeiten hier gehört habe, würde ich mich als überfordert ansehen. Ich glaube, das ist auch nicht anders zu erwarten gewesen, weil auch gerade das die Lebendigkeit der Diskussion ausgemacht hat. Dass wir es hier, ich gehe bewusst polemisch vor, nicht nur mit ‚Putinverstehern‘, dann hätten wir das Thema gar nicht so nennen brauchen, oder nur mit Menschen zu tun hatten, die einen extrem kri-

tischen Stand zum Thema und zu Russland haben, sondern, dass wir die ganze Bandbreite dessen, was möglich ist zu diesem Thema, hier heute gehört haben.

Was sich aber aus meiner Sicht und aus meiner Erinnerung durch alle Beiträge und Meinungsäußerungen durchzog, war doch der sehr ernst gemeinte Rat, und der kann sich ja nur an unsere neu entstehende Bundesregierung, an die Regierungen in Europa und an die amerikanische Regierung richten, sich sehr sorgfältig zu überlegen, welche strategischen Möglichkeiten man denn gegenüber Russland sieht. Diese dann wirklich sehr sorgfältig miteinander zu diskutieren und sich nicht davon verschrecken lässt, dass die Optionen so vielfältig sind. Wenn man daranginge, und da würde ich mich schon freuen, wenn das im Bundeskanzleramt demnächst geschähe, eine kohärente Strategie zu entwickeln, die zum Ziel hat, wieder ins Gespräch zu kommen. Ich vertrete die Meinung, dass eine kohärente Strategie und die Bewertung darüber im Kanzleramt stattzufinden hat. Bei der Entwicklung dieser Strategie sollte man sich nicht scheuen, den Wahrheiten ins Auge zu sehen und

sich auch ehrlich zu machen, das wäre der erste und notwendige Schritt.

Vieles von dem, was wir heute gehört haben, könnte dazu beitragen, diese Strategie zu entwickeln. Ich glaube, die Zeit drängt wirklich, auch das ist heute deutlich geworden. Dass wir so viele spannende und vielfältige Beiträge hören konnten, ist nicht zuletzt den beiden Moderatoren der Panels 1 und 2 zu verdanken, nämlich Herrn Clement und Herrn Rudischhauser. Ich will auch ausdrücklich Herrn Gernot Erler für seine Keynote danken, die wichtige Anstöße gegeben hat. An dieser Stelle will ich auch allen Diskutanten ganz ausdrücklich für Ihr Erscheinen und Ihre Beiträge danken: Herrn Prof. Mis-

zak, Herrn Prof. Baberowski, Frau. Dr. Klein, Herrn Dr. Adam, Herrn Brigadegeneral Reiner Schwalb und nicht zuletzt Prof. Dr. Johannes Varwick, der ja auch einer der Vizepräsidenten der GSP ist.

In diesem Sinne bedanke ich mich sehr herzlich für Ihr Kommen, Ihre Aufmerksamkeit, bleiben Sie uns gewogen. Ich hoffe, dass die heutige Veranstaltung mit dem, was wir an Diskutanten und Beiträgen aufbringen konnten, Sie dazu animieren wird, sich im nächsten Jahr wieder angesprochen zu fühlen, wenn wir zum dritten GSP-Sicherheitsdialog einladen.

Ganz herzlichen Dank an Sie!

„Bei der Entwicklung dieser Strategie sollte man sich nicht scheuen, den Wahrheiten ins Auge zu sehen und sich auch ehrlich zu machen, das wäre der erste und notwendige Schritt.“

Ulrike Merten



Bundesgeschäftsstelle T + 49 (0)228 65 25 56
Wenzelgasse 42 F + 49 (0)228 65 80 93
53111 Bonn

geschaeftsstelle@gsp-sipo.de
www.gsp-sipo.de

Präsidentin: Ulrike Merten
Geschäftsführer: Jürgen Rann
Registergericht: Amtsgericht Bonn
Registernummer: AMS-5684
Gemeinnützig und spendenfähig gem.
Freistellungsbescheid Finanzamt
Bonn-Innenstadt Steuernummer:
205/5764/0498
vom 13.01.2017

Bildnachweis:
Coverfoto: EvgeniT / pixabay.com (CC0),
Basilius-Kathedrale: Maatkare / pixabay.com (CC0)